

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Vorwärtsberliner“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Stetigjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
Einzelnr. Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummern mit Illustration Sonntags 10 Pfg. „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postfrei.
Preis: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

„Demagogenerie.“

... schändlich, unmational, ein denkendes Volk aufregend.
Wilhelm v. Humboldt.

Im September 1815 wurde in Paris zwischen dem Kaiser aller Franken, dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Preußen die heilige Allianz geschlossen, deren nachbeladene Herrschaft erst in den Jahren von 1818 erschüttert wurde, deren Wesen aber bis in unsere Zeit hinein fortdauert. In dieser Allianz bekundeten sich die verbündeten Fürsten zu dem „einzigsten Grundsatze“ sich gegenseitige Dienste zu erweisen, durch ein unveränderliches Wohlwollen die Freundschaft zu bezeugen, zu der sie sich verpflichtet hatten, sich nur als Mitglieder der einen christlichen Nation zu betrachten. Die drei verbündeten Fürsten sehen sich nur an als die Bevollmächtigten der Vorsehung, um drei Zweige einer und derselben Familie zu regieren usw.“

Den verzückten und verzogenen Schmitt und Schweg hatte die auf ihre alten Tage kaum gewordene Frau v. Krieger ihrem Verbrüder, dem Baron Alexander L. eingeschrieben. Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 brachten die irdische Ausdehnung dieses göttlichen Fürstentums. In diesen Beschlüssen, die Wilhelm v. Humboldt „schändlich, unmational, ein denkendes Volk aufregend“ nannte, wurden auch die Universitäten unter Polizeikontrolle gestellt. Wegen die Wissenschaftsbewegung wurden die härtesten Androhungsbefehle verfaßt und es wurde bestimmt, daß kein Studierender ohne ein betriebendes Zeugnis seines Wohlverhaltens auf der von ihm verlassenen Universität von irgend einer andern Universität aufgenommen werden solle.

Die heilige Allianz ward zu Deutschlands tiefster Erniedrigung. Sie war eine unablässige Freijagd auf die Männer, die für deutsche Einheit und Freiheit kämpften. Die besten Deutschen wurden durch die Acker gefoltert, die Wissenschaft aufs Rad gehoben, das freie Wort mit Fesseln gewürgt. Weiternach regierte mittels Epikeln und Politiken Europa und Herr Karl Albert Christoph Heinrich von Kämpf organisierte in Preußen jene Demagogenerie, die unter andern auch die Jugend desselben Reichs Reiter brach, den jüngst der deutsche Kaiser als einen der Klaffen der deutschen Schriftsprache huldigend feierte. „Bei jeder Bewegung eines Volkes, welche die Erreichung der Freiheit und einer vernünftigen Staatsverfassung zum Ziele hat“ — so sprach 1833 Wirth auf dem Hambacher Nationalfest —, sind der König von Preußen und Oesterreich durch Gleichheit der Zwecke, Bestimmungen und Interessen an Ausland geknüpft, und so entsteht jener fürchterliche Bund, der die Freiheit der Völker bisher immer noch zu töten vermochte. Die Hauptmacht dieses finsternen Bundes besteht immer aus deutschen Kräften, da Rußland ohne die Allianz mit Preußen und Oesterreich ohnmächtig wäre und durch innere Stürme und Zerstörung fallen würde.“

Der Geist der heiligen Allianz, der nie verloschen, lebt gerade in unseren Tagen mit unheimlicher Gewalt auf — ein höchst lebendiges, verderbenvolles Gespenst. Rußland ist heute stärker denn je von wilden Jünglingen ergriffen. Das getrocknete Rieseneis ringt um Erlösung und Freiheit. In den tapfersten und opernmüdigsten Elementen des russischen Volkes ist jetzt die Hoffnung aufgegangen, es möchte doch endlich einmal in dieser künftigen Welt die Sonne emporkommen. Da erdarmt sich Preußen der bedrückten russischen Barbarei, es stellt seine Polizei und seine Universitäten dem kosakischen Jochhals hinreichend zur Verfügung. Und die akademischen Behörden tragen keine Scheu, ihnen anvertraute Papiere den russischen Schergen auszuliefern und — im Gegensatz zu der oppositionell gesinnten Professorenschaft der zwanziger und dreißiger Jahre — selbst die Demagogenerie zu vollziehen. Von der künftigen Bourgeoisie, die dem Polizeistaat den Krieg erklärte, sind wie allgemein bis zu dem System Salow-Hammerstein-Dauidis gekommen, in dem die Intelligenz selbst der Polizei Ermittlungsdienste leistet, und die Hörsäle der Wissenschaft und die Arbeitsstätten der Kunst in schwarze Kabinette sich wandeln.

Als wie gestern über die neue Polizeipropaganda der Berliner Universitätsbehörde berichteten, hegten wir trotz aller Erörterungen, noch einige Zweifel an der Wichtigkeit der uns zugegangenen, ungeheuerlich klingenden Mitteilungen. Heute aber bestätigt die Berliner Universitätsbehörde selbst durch das „Berliner Tageblatt“ die Wichtigkeit unserer Informationen. Diese Auskunft der Universitätsbehörde hat die Form des folgenden kulturhistorisch deutlichen Dokuments:

„Es ist Tatsache, daß seit einiger Zeit und zwar seit den Polen- und Aufständenskriegen in der Vorlesung Professor Schiemann im Einvernehmen mit den Ministerien und der Polizei die Papiere der sich zur Immatrikulation meldenden russischen und polnischen Studenten der Polizei übergeben werden, damit diese untersuchen, ob der Betreffende etwa nicht irgend welcher Art Verbrechen begangen hat. Denn die Universität weiß, wie lag die Fahndung in Rußland betrieben wird. Sie will sich nicht von neuem einem Fall Schiemann aussetzen. Diese Anordnung gilt übrigens nicht nur für die Berliner Universität, sondern für sämtliche Hochschulen in Preußen und für die technische Hochschule in Charlottenburg. Sie ist gefahren im Einvernehmen mit den Hochschulverwaltungen. Von Anhebung der freien Wissenschaft sei keine Rede. Bisher sei nur in einem Falle die Immatrikulation eines Studenten, der von der Polizei als verdächtig bezeichnet worden, nicht erfolgt.“

Diese „Ankunft“ wird in den Aktenstücken der Justifizierung Preußens eine bleibende Bedeutung behalten. Die Demonstrationen gegen Schiemann, die als Ursache der Polizeipolitik der Berliner Hochschulen angegeben werden, sind natürlich nicht der wirkliche

Grund. Es gehört in der That ein großes Maß geistiger Verwirrung dazu, um solchen Vorwand öffentlich zu tragen. Die Kundgebungen gegen Schiemann hatten mit der russisch-revolutionären Bewegung nicht das mindeste zu thun. Herr Schiemann, ein höchst mittel-mäßiger, aber den Ansprüchen der Zeit peinlich genügender Herr, ist auf die moderne gewordene Polenfrage dreifach. Jene Kundgebungen waren veranlaßt durch gewisse alberne katastrophische Versicherungen des gelehrten — Russen, der sich allerdings wohl niemals irgend welcher „Antriebe“, es sei denn polizeifrommer Antriebe, verdächtig gemacht hat. Es ist auch nicht abzusehen, in welcher Weise etwa die russischen Studenten Gelegenheit erhalten sollten, gegen den Prof. Joachim von der Hochschule für Musik oder den Professor Gladys vom Polytechnikum zu demonstrieren. Wenn will man einreden, daß dieser akademische Postzeitschriften-leser lediglich zum Schutze des Professor Schiemann verfaßt worden ist. So ängstlich ist doch dieser Herr Schiemann, daß selbst die Kunstakademie, die Hochschule für Musik und die Tierarzneischule von verdächtigen Russen gesäubert werden muß, damit am Kasanienwäldchen die anisannaischen Gefühle des Raumes geschützt seien.

Die Anrede verrät vielmehr ein ebenso schlechtes Gewissen wie mangelhafte Intelligenz. Schon das eine Wort „Antriebe“ in der Zukunft entlarvt den ungeschickten erlosenen Vorwand. Umtriebe — das ist der außerordentliche Sprachgebrauch der Demagogenerie. Studenten, die verdächtig sind, nicht die russische Kunde zu lassen, sie dürfen sich nicht bei Schmitt in Nationalökonomie unterrichten lassen, nicht bei Erich Schmidt die Tapferkeit des freien Leistung rühmen hören, sie dürfen sogar nicht in Berlin lernen, wie man Zähne anzieht, die Maul- und Blausenke heilt oder patriotische Wildhauerei treibt. Dieser an den Berliner Hochschulen eingerichtete polizeiliche Nachwachstumsdienst gehört in dasselbe System, das in den Fällen des Studenten Kasajew und der Frau Angel die Empörung der Kulturwelt hervorgerufen hat. Es ist wahrlich weit gekommen, daß anscheinend in der gelehrten Bourgeoisie nicht einmal eine Empfindung dafür mehr lebt, wie schändlich es ist, als Hülfsarmee der Polizei zu fungieren, um dem Jordanus Waffen zu liefern, um seine Gegner unerschütterlich zu machen; denn wir hören ja, daß die Hochschule-Verwaltungen selbst mit den zugewandten Polizeibehörden einverstanden sind.

Es liegt ein unsägliches Joch darin, daß diese jämmerlichen Erscheinungen gerade in der Ära des modernen Grafen Salow hervorzubringen, der einem Joch ein Denkmal zu stiften sich erdreistet.

Vor die Universität aber setze man statt der Humboldts die festgen Schmalz und Kämpf, die sich so vortrefflich zum Geiste Väterthum auf die Verfolgung jeglicher „Antriebe“ verstanden. Es genügen aber auch ein Paar der „vorausgesetzungslosen Professoren“, die so heldenhaft am Rommensen-Nummel lärmten — Berlin freilich war auch von diesen Antrieben rein — die aber ruhig zusehen, daß die deutschen Hochschulen aus gallschen Wippen freier Forschung und Lehre zu Polizeistuben, zu — Polizeifällen werden, zur höheren Ehre des heiligen Absolutismus. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. November.

Gewaltfreie der Zollfreiheit.

Der Reichstag hat am Donnerstag drei Paragraphen des Zolltarifgesetzes erledigt. — ein Ereignis angesichts des bisherigen Ganges der Beratungen und doch auch wieder ein sehr mageres Resultat, wenn man an die monströse Fülle von Paragraphen und Positionen denkt, die noch ausstehen. In dem stattlichen Großkollektive, der auf 323 Seiten die Beschlüsse der Zollkommission zusammenstellt, hat man zwei knappe Seiten weitergelesen. Erreicht konnte dieses Ergebnis nur werden durch die **Bergwerksgesetzgebung der Reichheit, die jeder sachlichen Beratung ausweicht.** Sie findet den Geist der Opposition mit dem Mittel totzuschlagen. Auf eine Debatte läßt sie sich überhaupt nicht mehr ein. Wenn man die Rednerliste eines Tages wie heute mustert, so findet man fast nur Socialdemokraten und Mitglieder der freisinnigen Vereinigung darin vertreten. Kann doch sich einmal ein freiwilliger Regierungskommissar wie Herr Spahn mit ein paar Worten einmischen oder daß ein Regierungsvertreter eine kurze Erklärung abgibt.

Der Zolltarif ist im allgemeinen auf dem System der Gewichtszölle aufgebaut. § 2 des Zolltarif-Gesetzes behandelt nun die wichtige Frage, wann der Verzollung das Kleingewicht und wann das Rohgewicht zu Grunde gelegt werden soll. Logisch allein ist es, die Berechnung nach dem Kleingewicht vorzunehmen und die Umhüllung und Verpackung der Ware außer Betracht zu lassen. Wir hatten einen entsprechenden Antrag gestellt, der von Rollenbüch mit guten Gründen verteidigt wurde. Die Vorlage hält weiter den sehr behudaren Begriff der handelsüblichen Umhüllung aufrecht und giebt dem Bundesrat das Recht, nicht handelsübliche Umhüllungen dem Gewicht der Ware bei der Zollberechnung zuzurechnen zu lassen. Auch hiergegen machten unsere Redner Rollenbüch und Stolle Front. Sie fanden nur bei Herrn Brömel von der freisinnigen Vereinigung Unterstützung, der wirrem Antrag, soweit er sich auf die Verzollung der Verpackung bezog, eine erweiterte Fassung gab. Auch dieser Antrag wurde schließlich mit 182 gegen 114 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt, nachdem unser Feindpaar in einfacher Abstimmung gefallen und unser zweiter Antrag 82 gegen 177 Stimmen auf sich vereinigt hatte.

§ 3 schafft besondere Zollabfertigungsstellen für Waren, deren zollamtliche Untersuchung schwierig ist. Allerdings stellt er dabei noch dem Importeur frei, gütwillig den höchsten

Zolltag, der sich bei einer Ware überhaupt herausrechnen läßt, zu bezahlen oder die Kosten der Ueberleitung von Proben an diese besonderen Zollabfertigungsstellen zu tragen. Auch hier wird dem Bundesrat die übliche Blankovollmacht erteilt. Vergeblich wandte sich Herr Gotthein in einer weisen Rede gegen diesen Paragraphen. Sein Vorschlag, dem Reichstag wenigstens ein Mitbestimmungsrecht zu lassen, wurde abgelehnt.

§ 4 gewährt Postsendungen bis zu 250 Gramm Zollfreiheit, während Waren, die nicht durch die Post über die Grenze kommen, nur bis zu einem Gewicht von 50 Gramm zollfrei bleiben sollen. Außerdem wird auch wieder dem Bundesrat die Befugnis eingeräumt, diese Erleichterung im Falle des Mißbrauchs außer Kraft zu setzen. Wir schlugen vor, Zollbeträge bis zu 20 Pfg. überhaupt nicht zu erheben und dem Bundesrat die Vollmacht zu nehmen. Kann hatte Genosse Fischer-Sachsen unter Hinweis auf die rigorose Handhabung der Grenzsperr, unter der besonders die arme Bevölkerung der sächsischen Grenzgebiete zu leiden hat, unseren Antrag begründet, so ergriff die Mehrheit auch schon das Halseisen. Das dreigestimmte Reichs-Ganz-Parlament stellte den sächsischen Schlußantrag, und seine Hochbauten brachen in wüthenden Lärm aus, als Singer namentliche Abstimmung über den Schlußantrag forderte. Diefmal leisteten auch die Nationalliberalen der Mehrheit Helfershelferdienste, und der Schluß der Debatte wurde mit 169 gegen 78 Stimmen erzwungen. Dann wurde unser Antrag, Zollbeträge bis zu 20 Pfg. nicht zu erheben, abgelehnt und unser zweiter Antrag, dem Bundesrat die geforderte Befugnis zu nehmen, mit 169 gegen 82 Stimmen verworfen.

Das ürgste Stünd leistete sich die Mehrheit beim § 5. In diesem sind die Dinge zusammengestellt, die die deutsche Grenze frei passieren dürfen. Das sind natürlich die verschiedenartigsten Waren: Hochzeitsgut und Särge, gebrauchte Wäsche und Kunstwerke, Hobben und alte Kröser. Wir wünschten eine getrennte Beratung der einzelnen Abschnitte dieses Paragraphen, zu denen wir Änderungsanträge eingebracht haben. Wegen diesen Wunsch wandte sich der Präsident Graf Salferre. Während selbst in der Kommission getrennt verhandelt worden war, schlug er vor, über diesen Paragraphen in ganzen zu beraten. Singer und Stadthagen suchten, unterstützt von Brömel und Barth, die verhängnisvolle Maßnahme abzuwehren, die eine sachentsprechende Beratung unmöglich macht. Aber es gelang nicht. Die Mehrheit stimmte in namentlicher Abstimmung unsern Vorschlag nieder.

Inzwischen war es 6 Uhr geworden, und die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt. —

Die Wirren unter den Jöllnern.

Im Zolltag herrscht andauernd die greulichste Verwirrung. Die/Gewaltfreie, durch die man im Reichstage die von der Zollopposition geforderte sachliche Beratung erschwert und hindert, verdienen vielleicht die Zuerkennung mildernder Umstände, da sie als Ausfluß einer nervösen Erregung gedeutet werden können, die unter den Jöllnern immer mehr auswächst infolge der Erkenntnis ihrer Ohnmacht, das Zollwert weiter zu führen.

Jüngst zeigte sich die „Arrens-Zeitung“ gänzlich zu jedem Unfall auf die Regierungsvorlage bereit und die „Germania“ teilte mit, daß eine Verständigungsaktion im Gange sei. Jetzt aber schreibt die „Ältnische Volkszeitung“:

Die Vergleichsverhandlungen über den Zolltarif, von denen am Ende der vorigen Woche die Berliner Blätter voll waren, scheinen sich inzwischen bereits in nichts aufgelöst zu haben, so weit solche überhaupt von irgend einer Seite geführt sind. Für die Fraktion des Centrums kann mit Bestimmtheit versichert werden, daß Vergleichsverhandlungen zur gegebenen Zeit in keiner Weise begonnen worden sind. Aus dem Kreise der konservativen Fraktion hört man ganz dasselbe versichern. Es scheint sicher zu sein, daß in den letzten acht Tagen kein hervorragendes Mitglied der Reichstagspartei mit dem Reichstagsler gesprochen hat. Einseitig herrscht also auf diesem Gebiete völlige Ruhe und heiderseits scheint man zunächst abzuwarten zu wollen. ... Auf beiden Seiten stehen die Parteien fest, ohne aus ihren Verhandlungen herauszukommen, wie einst Gustav Adolf und Wallenstein bei Nürnberg in befestigten Lagern einander gegenüber standen.

Dortweil geht kostbare Zeit verloren. Die Regierung will abwarten, bis die Mehrheit des Reichstags, und vorab die Konservativen, müde werden, um dann bei dem unabweislichen Nachgeben besser davon zu kommen. Während dessen rückt aber der Zeitpunkt immer näher, wo die Arbeitskraft eines dilettanten Reichstags erschöpft ist und die Besinnung über die Reichstagsfähigkeit zum wirksamen Werkzeug der Opposition werden muß.

Weiter wendet sich das Centrumsblatt gegen den Reichstagsler, der die parlamentarischen Dinge nicht zu behandeln verstehe. Schließlich erklärt es: Schon jetzt herrsche keine rechte Arbeitsfreude mehr unter den Parteien der Reichheit; wenn nicht sehr bald „entscheidende Schritte zu einer Verständigung“ gethan, so sei das Schicksal der Vorlage in kaum mehr ferner Zeit entschieden.

Nun, wenn die Reichstagspartei keine rechte Freude mehr an diesen Beratungen haben, so mögen sie dem graziösen Spiel ein Ende machen. Man gebe die unselige Zollgeschichte auf und die Arbeitsfreude wird den geplagten Centrumsleuten wiederkehren. Die Opposition hat längst keine Freude an dieser fruchtlosen Arbeitsleistung und hat erst jüngst ausdrücklich Gelegenheit geboten, aus dieser Sache herauszukommen. Aber die Jöllner lehnten das Angebot ab und setzten die Beratungen fort. Offenbar also rechnen sie trotzdem damit, daß die „entscheidenden Verständigungs Schritte“ nun doch wohl bald gethan werden!

Während so die Föllner in der Einigungsfrage angstvoll zwischen Hoff- und Verzweifeln taumeln, vertreiben sie sich mittendurch, wie zur Ablenkung vom Einigungsanliegen, die Zeit mit Ausbrüchen der Erregung gegen die — „Obstruktion“. Kein Tag ohne zahllose Diatriben gegen die Socialdemokratie, die das Zustandekommen der Vorlage verhindern. In endlosen Sitzungen wird geflagt, daß die Socialdemokraten lange Reden halten und namentliche Bestimmungen fordern. Das sei Obstruktion, Untergrabung des Parlamentarismus und was sonst noch! Dagegen müsse die Geschäftsordnung rücksichtslos angewendet werden und, wenn das nicht ginge, müsse sie geändert werden.

Es ist schwer, diese Deklamationen der Föllner ernsthaft zu behandeln. Sobald die Geschäftsordnung einmal von der Minderheit zu ihrem und zu der Volksmehrheit Schutze ein wenig in Anspruch genommen wird, dann soll sie plötzlich nichts mehr taugen! Sobald die Minderheit ernstlich und eifrig ihre Pflicht erfüllt, ein Gesetz, das sie für das denkbare gemeinsame gefährlichste hält, zu bekämpfen und in seiner Volksfeindschaft gehörig nachzuweisen zu wollen, sobald sie diejenigen, die für die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes eintreten, durch namentliche Bestimmungen festlegen und vor den Wählern kennzeichnen will, da soll das, was sonst selbstverständlicher Brauch im Parlament war, plötzlich unerlaubte „Obstruktion“ sein. Verlautet doch bereits, daß in der letzten Fraktionsitzung des Centrums eine Aussprache über Abänderungen der Geschäftsordnung stattgefunden hat. Man möchte etwas unternehmen, aber man hat doch nicht den Mut dazu. Man hat nicht den rechten Mut, weil man vielleicht die Empfindung dafür nicht gänzlich verloren hat, daß ein gewissenlos unternommenes Unrecht allzu leicht auf den Verlierer des Unrechtes zurückzuschlagen und daß eine Vergewaltigungssaktion mit einer schweren Niederlage der Vergewaltigungsbegierigen enden könnte.

Kein Zweifel: die Föllner wollen ihre Vollbeute, und ihre Beutegier wächst, je schwächer es wird, sie zu ergreifen. So stehen sie denn in einer Wirnis sondergleichen und wissen nicht, wie sie herauskommen können. Sie schlagen tobend um sich und richten ihre wütigen Klagen bald hierhin, bald dorthin. Jetzt ist die Regierung schuldlos, dann die Obstruktion, dann wieder wird das Herabbleiben der eignen Anhänger schwer beklagt.

So dornenvoll auch die Aufgabe ist, die den Hüllgegnern in diesen Kämpfen gestellt ist — gegenüber der kläglichen Zerrüttung unter den Föllnern befinden sie sich in beneidenswert stolzer Position. Wir wissen was wir wollen. Wir wissen, was wir zu thun haben.

Die Landtagswahlen in Nieder-Ostreich

haben den Christlichsocialen einen fast unerwartet großen Sieg gebracht. Nachdem sie bereits in den Landgemeinden, die am 28. Oktober die Wahl vollzogen, sämtliche 21 Mandate in ihren Besitz gebracht hatten, ist es ihnen nun auch am 5. November gelungen, von den 21 Mandaten, die Wien zu vergeben hatte, nicht weniger als 20 in ihren Besitz zu bringen. Das einzige Mandat, das sie nicht im ersten Ansturm eroberten, war das des Genossen Adler, der mit dem Christlichsocialen Prokura in die Stichwahl kommt. Die Liberalen haben sämtliche 6 Mandate, die sie bisher in Wien besaßen, an die Kuegerianer verloren. Dieser klägliche Zusammenbruch der Liberalen in Wien wird in einem Specialbericht des „N. Z.“ auf die beklagenswerthe Weise des Wahlsieges der Christlichsocialen zurückgeführt, die Tausende von Gegnern widerrechtlich aus der Wählerliste strichen, während sie für sich selbst ebensojoviale Wählerstimmen in schamloser Weise künstlich fälschten. Nur dadurch, behauptet das „Berl. Tagebl.“, erklärte sich der Sieg der Christlichsocialen über die liberalen Kandidaten. Dagegen meldet ein „Laffan“-Telegramm, daß die Christlichsocialen in allen Bezirken, mit Ausnahme Favoritens natürlich, doppelt soviel Stimmen aufgebracht hätten, wie ihre Gegner zusammen genommen, daß also die Fälschung der Wählerlisten allein den Christlichsocialen Sieg nicht erklärt. Die „Arbeiter-Ztg.“ konstatierte denn auch, daß Kueger und seine Partei der Ausdruck des Wiener Bürgerthums sei.

Die Socialdemokratie erleidet selbst für den Fall, daß Genosse Adler in der Stichwahl unterliegen sollte, keinen Verlust an Mandaten, da ja bisher nur ein Socialdemokrat im niederösterreichischen Landtag saß und dies eine Mandat durch den Sieg des Genossen Seitz in Floridsdorf bereits behauptet ist. Hoffentlich gelingt es aber trotzdem den Liberalen trotz aller neuen Schwindelmandate nicht, dem Genossen Adler das bisher innegehabte Mandat zu entreißen.

Am 9. November beschließen die Wahlen des Großgrundbesitzes die Wahlkampagne in Niederösterreich.

Ueber sonstige Landtagswahlen, die gestern vorgenommen wurden, liegen folgende Meldungen vor:

Klagenfurt, 5. November. Bei den heutigen Landtagswahlen der neuerrichteten allgemeinen Wählerklasse (vier Mandate) wurde ein Deutschvölkischer gewählt; außerdem sind drei Stichwahlen notwendig.

Salzburg, 5. November. In den Landgemeinden Salzburgs wurden in sämtlichen fünf Wahlbezirken die neun Kandidaten der katholischen Volkspartei gewählt.

Troppau, 5. November. In den städtischen Wahlbezirken Schlesiens wurden bei den Landtagswahlen 8 Angehörige der deutschen Volkspartei und 2 Deutschfortschrittliche gewählt. Die Handelskammer wählte 2 Deutschfortschrittliche wieder.

Linz, 5. November. Bei den heutigen Landtagswahlen in den Städtebezirken Oberösterreichs wurden 7 Deutschfortschrittliche, 6 Deutschvölkische, 2 Meritale und ein Parteilofer gewählt; eine Stichwahl ist erforderlich. Die Meritale verlieren ein Mandat.

Deutsches Reich.

Die Ansprache des Kaisers

Bei der letzten Rekruten-Verordnung in Berlin hatte einer Korrespondenz zufolge diesen Wortlaut:

„Rekruten! Ihr habt mir jedoch den Hohnschrei geschworen und damit angeflucht den glorieux und ruhmgeliebten Feldzeichen angeflucht, daß Ihr treu zu Eurem Kaiser stehen wollt in allen und jeden Lagen. Hierfür meinen kaiserlichen Dank. Ihr werdet während Eurer Ausbildung manche schwere Stunde über Euch ergehen lassen müssen, denn der Kriegsdienst ist schwer und stellt hohe Anforderungen an Euch. Aber laßt Euch dadurch nicht aufschrecken, sondern thut, was von Euch verlangt wird, was Euer Vorgesetzter Euch in meinem Namen befehlen werden. Dann werden aus Euch ganze Männer, auf die sich das Vaterland verlassen kann. Jeder ihre an seiner Stelle seine Pflicht und lasse sich durch nichts irre machen. Denkt stets an Euren Hohnschrei und schüttelt die Versuchung von Euch ab. Vergesst aber auch Euren Gott nicht, denn durch den Segen des Allhöchsten wird Euch Euer Dienst leicht und lernt Ihr schwere Stunden überstehen. Schämt Euch nicht des Beteres, das Euch euer Kaiser Mutter gelehrt hat. Wer Gott vertraut, ist noch nie untergegangen und war die Prüfung auch noch so schwer. Ihr habt mir Treue geschworen; seid aber auch selbst auch treu. Der Hohn, den Ihr tragt, ist mein Hohn und Euer dem, der ihn tragt kann. Laßt dies Ehrenkleid aber nicht beschimpfen, denn

wer Euch beleidigt, tritt auch mir zu nahe. Haltet aber Frieden mit jedemman, vergettet Euch in der Stunde der Ansetzung Eures Eides und zeigt Euch würdig, dem Heere anzugehören und dem Wohle des Ganzen zu dienen nach dem Vorbilde Eurer Väter. Wer seine Pflicht treu und gewissenhaft erfüllt, der darf meines Dankes verichert sein und dem wird's auch wohl gehen, das war immer schon so. Nun gehet heim und thut Euren Dienst!“

Welche Versuchung — nach der Ansicht Wilhelms II. — an die Arme herantreten sollen, ist ebenso wenig zu erkennen, wie der Grund der Mahnung klar ist, das Ehrenkleid nicht beschimpfen zu lassen.

Der Sohn des Kriegsministers. Die „New Yorker Staatszeitung“ vom 25. Oktober 1902 berichtet: „Georg v. Gohler, ein Sohn des preussischen Kriegsministers, ist als Teilnehmer in die Firma Pinnell et Buchanan, Nr. 44 Brood Str. eingetreten und die Firma ist infolge dessen in Pinnell, Buchanan et Cie. umgeändert worden. Herr v. Gohler kam vor vier Jahren hierher und bekleidete eine Stellung in dem Bankhause von Ladenburg, Thalman u. Cie. Vor einigen Monaten kehrte er zum Besuch nach Deutschland zurück und traf Arrangements, um als Socius der genannten Mallerfirma beizutreten, deren Specialität das Geschäft in Anlagepapieren bildet.“ Die Notiz zeigt in interessanter Weise, wie der alte deutsche Adel an internationalen Kapital- und Börseninteressen in wachsendem Maße sich auch finanziell beteiligt. Vielleicht ist der Sohn des Kriegsministers bereits, eine der deutschen Anteile, die durch die Militärlasten Deutschlands notwendig wird, in Amerika zu finanzieren.

Eine sprachlose Regierung. Zur Art, wie man gegenwärtig die polnische Provinz Posen regiert, giebt der Herausgeber der „Christlichen Welt“ in einem Aufsatz über dortige Schulverhältnisse einen sehr drastischen Beitrag, der um so schwerer wiegt, als er gelegentlich einer längeren Studienreise durch die Provinz gefunden wurde. Der Verfasser schreibt: „Ich war erstaunt, unter den gebildeten Deutschen fast niemand zu finden, der polnisch sprach. Wenn man die deutschen Kinder in der Volksschule nicht polnisch lehrte, so hat das noch Sinn... aber daß auch die Gebildeten, voran die Beamten, nicht polnisch lernen, scheint mir ein ganz verhängnisvoller Irrthum... Die öffentlichen Behörden in Posen werden von dortigen Polizeipräsidenten und durch eine Uebersetzungsstelle mit deutschen Auszügen aus der polnischen Presse versorgt. Weder den Zusammenhang dieser Auszüge noch die Genauigkeit der Uebersetzung können die Behörden prüfen! Und mit solcher Kenntnislücke können sie aus!... Die Konsequenzen dieses Zustandes mögen sich unsere Leser selbst ausmalen!“

In der That ein ungläublicher Zustand. In dieser ganzen Provinz der gesamte Beamtenapparat ohne Kenntnis der Sprache des Volkes, das sie bewohnt! Man möchte fast glauben, man sei in Afrika, in unfern herrlichen Kolonien, wo freilich die bedeutendsten Kolonialpolitiker die Sprache der Einwohner zu studieren bemüht sind, dabei muß man noch bedenken, daß das polnische Volk selbst zum großen Teil außer polnisch noch deutsch versteht. Das Volk versteht zwar die Beamten, aber die Beamten nicht das Volk. Das Volk vermag also die Behörden genau zu überwachen in ihren Verfügungen, nicht aber die Behörden das Volk.

Welche Situationen der Unbeholfenheiten, der Unsicherheiten, des oft unbedingten Mißtrauens ergeben sich daraus für erstere, welche Situationen der Demütigung für dieses! Aber zugleich auch der heimlichen Ueberrumpelung und Ueberbortelung jener durch dieses! Jedes polnische Dienstmädchen einer deutschen Beamtenfamilie muß sich der „germanischen Klasse“ überlegen fühlen und ist zugleich im Stande, die Vertrauensperson ihres unterdrückten Volkes zu sein, ohne daß ihre „Herrschaft“ sie im geringsten zu kontrollieren vermag! Welch siegreiche Art, Polen zu — germanisieren! —

Wassermilitarismus und Gemeinwohl.

Wir teilten bereits gestern mit, daß der Streit um das Eigentumsrecht an der Kieler Bucht, der von der Kommune Kiel gegen den Bischof geführt wurde, vom Kieler Landgericht zu Gunsten Kiels entschieden worden sei. Wir bemerkten zugleich, daß durch die Annahmen des Bischofs, hier speziell der Marine, die ganze Existenz der Seehandelsstadt Kiel bedroht gewesen sei. Diese unsere Darstellung erfährt nun durch die „Post“ folgende interessante Feststellung und Ergänzung:

Die Frage, wem der Kieler Hafen gehört, ist jetzt von der Zivilkammer II des Kieler Landgerichts entschieden worden. Das Gericht hat (wie schon telegraphisch gemeldet) für Recht erkannt, daß das Eigentumsrecht an Kieler Hafen, insbesondere auch an den in der Bucht und nördlich von Holtzenau in der Richtung nach Friedrichsdorf beschlittenen Häfen der Stadt Kiel zusteht und daß der Marine und der preussische Bischof die Kosten des seit drei Jahren schwebenden Prozesses, dessen Objekt auf fünf Millionen Mark festgesetzt worden ist, zu tragen haben. Jahrbunderte hindurch ist das Eigentumsrecht der Stadt Kiel anerkannt und von den Landesherren wiederholt bestätigt worden. Nachdem Preußen aber Schleswig-Holstein annektiert hatte, wurde die Anerkennung dieses Anspruchs verweigert. Die Marine nahm immer weitere Strandflächen für sich in Anspruch, und schließlich drohte die Marine, mit Gewalt einer Ausübung des häßlichen Eigentumsrechts entgegenzutreten. Der Stadt Kiel sind von verschiedenen Seiten Vorwürfe gemacht worden, daß sie solchen Prozeß anstrengte. Mit Unrecht. Sie hat sich erst entschlossen, ihr Eigentumsrecht gerichtlich feststellen zu lassen, weil die Marine, auf deren Wünsche allezeit die größte Rücksicht genommen worden ist, es an jedem Entgegenkommen, an jedem Wunsche nach Verständigung hat fehlen lassen und die dringenden öffentlichen Interessen unbeachtet ließ. Die Seestadt Kiel steht in Gefahr, vollständig von der See abgeschnitten zu werden, wenn ihr die Genehmigung, auf ihrem eignen Grund und Boden einen neuen Hafen anzulegen, versagt wird, denn der alte Wismarhafen ist längst zu klein geworden.

Es ist ungemein interessant, daß gerade ein sonst so flottenwütiges Blatt wie die „Post“ das rücksichtslose Beharren des Wassermilitarismus so treffend kennzeichnet. Es zeigt sich aber auch hier, wie wenig Rücksicht der übermächtige Militarismus auf die vitalsten Interessen der Allgemeinheit nimmt. Was kümmern ihn die Handelsinteressen einer Stadt! Mag Handel und Wandel zu Grunde gehen, wenn der Marinismus nur den nötigen Spielraum für seine Panzerkähne hat! —

Die Kinderstunde-Kommission

beriet am Donnerstag den § 8 (Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Votengängen), der nach dem Entwurf Kinder unter zehn Jahren ausschließt, während Kinder über zehn Jahren drei, aber zwölf Jahren vier Stunden täglich, aber nicht zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden dürfen. Eine Uebergangsfrist von fünf Jahren soll dort, wo es die untere Verwaltungsbehörde für gut befindet, die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahre bereits von 6 1/2 Uhr morgens und bis eine Stunde vor dem Vormittags-Unterricht gestattet.

Seitens des Väter-Bundes liegt eine Petition vor, durchwegs die Arbeit von 5 1/2 Uhr morgens im Sommer, 6 1/2 Uhr im Winter ab zu gestatten, da dies eine „Erziehung zur regelmäßigen Thätigkeit“ sei. Einige Handelskammern in Bayern petitionierten in demselben Sinne.

Unsre Genossen beantragten, das Schulalter auf 13 Jahre heraufzusetzen, da die Grenze der beendeten Schulpflicht ja bereits abgelehnt sei, ferner Streidung aller Ausnahmebestimmungen, einschließlich der Uebergangsfrist. Wurm weist auf die außerordentlich fittlichen Schädigungen hin, denen gerade die Kaufburschen aus-

gesetzt sind. Superintendent Schönbörner habe 1895 mitgeteilt, daß von 100 jugendlichen Gefangenen der Strafanstalt Plöbensee 30 während ihrer Schulzeit als Frühflücker, Zeitungsträger und Laufburschen verwendet worden waren. Regierungsrat Casper meinte, daß man auf die Interessen der Eltern Rücksicht nehmen müßte, da 135 000 Kinder bei diesen Verufen beschäftigt werden. Schon durch ein Heraufsetzen des Schulalters auf 12 Jahre würde 45 000 Kinder dieser Erwerb entzogen. Wurm weist darauf hin, daß in Thüringen bereits weitergehende Bestimmungen als der Entwurf vorschlag, zu Recht beständen. Raab (Antisem.) meint, daß Votengänge erst rechtlich wirken, und beantragt, die Arbeitgeber straflos zu lassen, wenn die Kinder am Ueberschreiten der Arbeitszeit schuld sind.

Trimborn (L.) tritt der Heraufsetzung des Schulalters auf 13 Jahre entgegen. Wurm belächelt den Antrag Raab, der eine außerordentliche Verschlechterung des Gelegenheitsworts bedeute. Aus herabliegenden Gefängnissen werde berichtet, daß gerade die früheren Laufburschen einen hohen Prozentsatz der jugendlichen Sträflinge ausmachten. Trimborn komme in Widerspruch mit dem in Köln bestehenden Recht, denn dort sei durch Verordnung des Regierungspräsidenten sogar das 14. Lebensjahr als Grenzjahr festgelegt. Wurm erucht die Regierung, bis zur zweiten Lesung eine Uebersicht über die rechtsgültigen Polizei- und Landesgesetzlichen Verordnungen bezüglich der Kinderarbeit vorzulegen, was von Regierungsrat Casper in Aussicht gestellt wird.

Der Antrag Wurm (13 Jahre Schulbesuch) wird abgelehnt, der Antrag Zwiß (12 Jahre) einstimmig angenommen, ebenso die Magimalarbeitszeit von drei Stunden und, nach Ablehnung des socialdemokratischen Antrages, eine Uebergangsfrist zuzulassen, eine zweijährige Frist und die Anhörung der Schul-Aufsichtsbehörde, die dem Gutachten der unteren Verwaltungsbehörde hinzuzufügen ist. Raab hatte seinen Antrag auf Verschlechterung des Entwurfes zurückgezogen.

Zu § 9 (Sonntagsruhe) beantragte Wurm, alle Ausnahmebestimmungen zu streichen und nur das Auftreten von Kindern bei öffentlichen Vorstellungen und Schauspielen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, ausnahmsweise von der unteren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Schulbehörde zu gestatten. Der Regierungsentwurf will auch für das Verlehrsgeverbe, die Gast- und Schankwirtschaften auf drei Stunden, das Austragen von Waren und sonstige Votengänge auf zwei Stunden die Beschäftigung von Kindern zulassen. Zwiß und Dize schließen sich dem socialdemokratischen Antrage an und wird dieser angenommen, so daß an Sonntagsfesttagen Kinder nur bei jenen oben bezeichneten Vorstellungen beschäftigt werden dürfen.

Nächste Sitzung: Dienstagvormittag 9 Uhr. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Erhöhung der Friedenspräsenz. Aus Wien wird vom Donnerstag gemeldet: Im Abgeordnetenhaus brachte Landesverteidigungsminister v. Weisersheim eine Regierungsvorlage ein, in der für 1903 ein Rekrutenkontingent von 125 000 Mann für Heer und Marine verlangt wird. Davon entfallen 71 562 Mann auf die diesseitige Reichshälfte. Ferner wird ein Rekrutenkontingent von 14 500 Mann für die Landwehr verlangt. In der fortgesetzten Beratung der Dringlichkeitsanträge wird der Dringlichkeitsantrag Alois betr. die „gewissenlose“ Behandlung der Soldaten durch Militärärzte verhandelt.

Da das Rekrutenkontingent gegenwärtig 103 000 Mann beträgt, wird danach eine Erhöhung des Rekrutenkontingents um nicht weniger als 22 000 Mann gefordert. Da das Rekrutenregiment für die Landwehr, die acht Wochen militärisch ausgebildet wird, bisher nur 23 000 Mann betrug, wird also eine Erhöhung desselben um mehr als 60 Proz. gefordert! Die Mehrforderungen für die Armeevermehrung sind also ganz bedeutend!

Die Regierung beabsichtigt ursprünglich, die ihr begreiflicherweise unbequeme legislative Präsenzerhöhung auf einem Schleichwege zu erreichen. Deshalb hatte sie sich von den Delegationen, jener Anleihe von je 60 der geselligen Abgeordneten der beiden Parlamente — einstweilen neue Artilleriereformationen samt den dazu gehörigen Geschützen bewilligen lassen. Die Delegationen konnten nun wohl die 30 Millionen Gulden hierfür bewilligen, nicht aber auch das notwendige Menschennaterial, da die Festlegung des Rekrutenkontingents Sache der Parlamente selbst ist. Die Zahl der zur Bedienung des neuen Geschützmaterials notwendigen Rekruten betrug 6000. Aber mit diesen 6000 Rekruten wollte sich die Regierung nicht begnügen, man wollte 20 000 Soldaten mehr einstellen. Und zwar gebaute man das, ohne eine gesetzliche Erhöhung des Rekrutenkontingents vorzunehmen zu lassen, dadurch zu betweckseligen, daß man vom Parlamente einfach die Bewilligung verlangte, die gewünschte Zahl von Ersatzreserven statt 8 Wochen 3 Jahre lang dienen lassen zu dürfen!

Dieser arglistige Plan scheiterte jedoch am Widerstande des ungarischen Parlaments, das die Regierung zwang, diese Vorlage zurückzuziehen. Die Regierung hat sich somit gezwungen gesehen, offen Farbe zu bekennen und eine regelrechte Militärvorlage dem Parlament vorzulegen. Ob sie damit mehr Glück hat? Unser Reichsrat sitzenden Genossen werden jedenfalls alles aufbieten, um die Vorlage zu bekämpfen und möglichst zu Fall zu bringen. —

Frankreich.

Vom französischen Bergarbeiter-Streit.

Der Generalsekretär Cotte richtete ein Telegramm an die einzelnen Provinzialverbände, in welchem er denselben einen Beschluß des Nationalkomitees mitteilte, nach welchem die Wiederaufnahme der Arbeit nur unter der Bedingung zu geschehen habe, daß sie eine allgemeine sei.

In dem Loirgebiet und im Doubs-du-Rhône haben nunmehr die Unterhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeitervertretern ebenfalls begonnen. Auch hier stellen sich die Unternehmer im wesentlichen auf den Standpunkt der Bergwerksbesitzer vom Pas-de-Calais; die Festlegung eines Lohnminimums weisen sie zurück, dagegen ist Uebereinstimmung über den Adjstundentag und die gesetzliche Alterspension erzielt worden.

Paris unterzieht in der „Petite Republique“ die Vorschläge der Unternehmer vom Pas-de-Calais bezüglich der Altersrente einer Kritik. Das Anerbieten habe nur den Zweck, die Arbeiter leichter auf ihre Forderungen verzichten zu machen. Anstatt der geforderten 10 Proz. Lohnerhöhung bieten die Unternehmer einen Zuschuß, der nur 3 Proz. des Lohnes betragen soll, also weniger denn 1/3 der Arbeiterforderungen. Außerdem binden sich die Unternehmer nur auf 3 Jahre, in jedem Falle nur so lange, bis eine gesetzliche Regelung der Alters- und Invalidenpensionen einträte. Im übrigen sei die von den Unternehmern in Vorschlag gebrachte, von ihnen unterhaltene Pensionskasse ein Hemmschuh für die freie Bewegung der Arbeiter. Deshalb hätten die Arbeiter zur Ablehnung dieser Vorschläge gelangen müssen. Aus dem Ganzen zieht Jaurès den Schluß, daß die Frage der gesetzlichen Regelung der Alterspensionen für Arbeiter unaufhaltbar eine Lösung hindrange. Die Frage

werbe nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, bis ein entsprechendes Gesetz geschaffen sei.

St. Etienne, 5. November. In der Arbeiterbörse fand gestern Abend eine stark besuchte Versammlung statt. Nach längerem Debatten wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Arbeiter aufgefordert werden, den Ausstand mit Energie fortzusetzen.

Italien.

Italiens Haltung gegenüber dem Kullah. Der „Capitale“ zufolge hat die englische Regierung die italienische Regierung bisher nicht um die Entlassung ersucht, Truppen an der Küste des italienischen Schutzgebietes zu landen, um den Kampf gegen den Kullah nachdrücklicher führen zu können. Indessen wird, fügt die „Capitale“ hinzu, wenn ein solches Ersuchen an die Regierung gerichtet wird, der König gern seine Zustimmung geben.

Die „Italia“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem der höchsten Beamten der christlichen Kolonie der baharischen, der „tolle Kullah“ besitze eine Armee von vierzigtausend Mann und viele Kanonen. Nur vom italienischen Gebiete aus sei dem Kullah gut beizukommen.

Italien scheint es danach fast noch einem neuen Adua zu gelüsten.

England.

Ein Socialist Bürgermeister von Glasgow.

Die „Frankf. Zig.“ meldet: „In Glasgow verlor der bisherige Bürgermeister, der sogenannte Lord Provost Namens Chisholm, seinen Sitz und ein ganz junger socialistischer Journalist Namens Scott Gibson gewann ihn. Chisholm erhielt 2981, Gibson 4098 Stimmen. Glasgow hat seit Chisholm Bürgermeister ist, zweifellos große Fortschritte und Erfolge zu verzeichnen gehabt und die städtische Verwaltung Glasgows ähneln sehr der großen deutschen Städte. Scott Gibson hatte aber die städtische Verwaltung der Ertrabgaben in Ausgaben für öffentliche Arbeiten und auch der Verschwendung bei Festlichkeiten beschränkt. Er warf z. B. den Stadtvätern vor, daß sie auf städtische Kosten Champagner zum Frühstück gaben, auf der Eisenbahn in der ersten Klasse fuhren, teure Cigaretten rauchten und verglichen. Die Arbeiter gaben ihre Stimmen Scott Gibson und es wurden auch zwei Arbeiterkandidaten zu Gemeinderäten gewählt. Die Feinde des Municipal-socialismus sehen in Gibsons Wahl zum Bürgermeister Glasgows eine Niederlage des bürgerlichen Municipal-socialismus, während es in Wirklichkeit ein Sieg der Socialdemokratie ist, den sie bejubeln.“

Die Municipalwahlen.

London, 8. November. (Fig. Ver.) Letzten Sonntag fanden in England und Wales die Gemeinderatswahlen statt. Sie hatten heute eine größere politische Bedeutung als in den letzten Jahren. In vielen Gemeinden lautete der Wahlspruch: „Nieder mit der Schulvorsorge“, besonders wo Liberale und Konservative sich gegenüberstanden. In anderen Gemeinden kämpfte man um Municipal-socialismus gegen Municipal-capitalismus. Bis jetzt liegen 166 Resultate vor, die eine Verteilung nach links zeigen. Die Liberalen gewannen 68 Sitze, die Trades-Unionisten 24, die Socialisten 3. Unsere Genossen siegten in Darnley, Birmingham, Northampton und Southampton. In West-Ham hatten wir drei Kandidaten, von denen zwei wiedergewählt wurden, während der dritte gegen eine geringe Mehrheit gescheitert wurde.

Chamberlain über die südafrikanische Politik. Bei der Beratung der Forderung von 8 Millionen Pfund für Transvaal und die Orange-Lokale, die am Mittwochabend im Unterhause stattfand, erklärte Chamberlain, er gehe nach Südafrika mit voller Entschlossenheit, alles zu hören, was von einem einzelnen Vertreter oder einer Körperschaft, die ein Recht besitze angefordert zu werden, ihm vorgebracht werde. Bezüglich der Jurisdiktion der aus Südafrika fortgeführten Gefangenen in ihr Vaterland bemerkte Chamberlain, daß von 24000 Gefangenen bereits 14000 zurückgebracht seien, weitere 7000 würden vor Jahres- schluß zurückgeführt werden und der Rest in kürzester Zeit. Wenn die bisher bewilligten Mittel nicht ausreichen, werde er nicht zögern, weitere zwei Millionen für die Lokalfürsorge zu fordern. Die englische Regierung habe sich bereit erklärt, den Lokalfürsorge in Natal Entschädigungen zu gewähren und den Lokalen Unterthanen in der Kapkolonie eine Beihilfe zu geben, die unter dem ersten Einfluß gestanden hätten; den Rebellen dagegen solle kein Pfennig Entschädigung gewährt werden. (Beifall.) Chamberlain schloß: „Ich gehe nach Südafrika mit dem ersten Wunsch, alle Streitfragen zu verhandeln, und mit dem einzigen Verlangen, das verwandte Volk zu einer großen afrikanischen Nation unter britischer Flagge zu vereinen.“ (Lauter Beifall.) Campbell-Bannerman sprach hierauf die Hoffnung aus, daß Chamberlains Besuch in Südafrika von Erfolg gekrönt sein möge. Bezüglich der von den Boeren-Generälen ausgegebenen Requisitionsscheine meinte Medner, diese müssten von der Regierung anerkannt werden. Chamberlain erwidert, die vom Kriegsrat ausgestellten Requisitionsscheine würden voll bezahlt werden; die von den Boeren-Generälen ausgestellten Scheine dagegen würden nicht bezahlt, aber bei der Regelung der Forderungen als Beweis der Hilfsbedürftigkeit angesehen werden.

Die geforderten 8 Millionen Pfund werden schließlich von dem Hause einstimmig bewilligt. — Den Verhandlungen wohnten auch Botschafter, Delarey und Schall Bürger bei.

Afrika.

Marokkanische Unruhen. Nach einer Londoner Meldung steht der Scheich Mohamed Simali, der auf das Sultanat von Marokko Anspruch erhebt, seinen Marsch auf Fez fort und predigt den heiligen Krieg. Die Stämme der Aweena und Ahaggar haben sich ihm angeschlossen. Von Fez sind alle verfügbaren Truppen, darunter die Leibwache des Sultans, gegen den Präbidenten ausgesandt worden.

Amerika.

Das Ergebnis der Kongresswahlen. Den Berichten zufolge sind für das Repräsentantenhaus 264 Republikaner, einschließlich derjenigen, welche in Pennsylvania auf Grund von Funktionsverlust gewählt wurden, und 179 Demokraten gewählt. Drei Wahlergebnisse sind noch nicht festgesetzt.

Nach einer Meldung des „N. Y.“ ist eine Kongressmehrheit von 26 Republikanern gesichert, die Republikaner hätten danach 12 Sitze verloren. — Die Senatsmehrheit der Republikaner war überhaupt nicht bedroht.

Bourgeois, Nigger und Protestarier. Das „Lafayette-Bureau“ meldet aus New Orleans vom 5. November: Vorgelesen ist in der Stadt New Orleans ein Gesetz in Kraft getreten, wonach in den Straßenbahnwagen Schranken aus Draht zu errichten sind, um die Regier von den weißen Fahrgästen zu trennen. Für die ersten Morgenstunden, um welche Zeit die Straßenbahn fast ausschließlich von Arbeitern benutzt wird, besteht diese Vorrichtung nicht; für den Verkehr am Tage muß sie jedoch streng innegehalten werden.

In einem Lande, wo das Verbrennen lebender schwarzer Menschen zu einem ebenso beliebten Festspiel geworden ist wie etwa die Stiergehecke in Spanien und Südfrankreich, hat die Einrichtung besonderer Regier-Abteile in Straßenbahnwagen nichts besonders Auffallendes. Auch daß man die weißen Protestarier den verachteten Nigger gleichwertig erachtet, entspricht nur der kapitalistischen Korruption des Landes der Freiheit und Brüderlichkeit.

Aus Industrie und Handel.

Eisenwaren-Produktion Südrusslands. Die Preise der industriellen Eisenindustrie hat, obgleich es auch dort zu Anfang des Jahres hoch, daß Anzeichen einer baldigen Besserung vorhanden seien, bisher nichts von ihrer Heftigkeit verloren; im Gegenteil stellt sich für die erste Hälfte des laufenden Jahres die Produktion noch weit niedriger als für das erste Halbjahr 1902. Nach Angaben des statistischen Bureaus des Königreiches der Montanindustriellen Südrusslands wurden in der ersten Hälfte des laufenden Jahres im Vergleich zu dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres von den südrussischen Eisenhütten folgende Mengen Eisen und Eisenfabrikate hergestellt:

	1902 (in Millionen Pud)	1901	Gegen 1901 mehr oder weniger
Eisenblech	44,80	44,94	- 0,14
Halbprodukte	34,01	38,19	- 4,18
Fertiges Eisen und Stahl	27,71	30,48	- 2,77
Metallfabrikate	4,11	4,41	- 0,30

Hiernach zeigt die erste Hälfte des laufenden Jahres eine Abnahme der Produktion um mehr als 6 Millionen Pud.

Von den 56 Hochöfen waren in der letztvergangenen Jahreshälfte nur 26 oder 46,4 Proz. im Betrieb. Beschäftigt wurden insgesamt 44.645 Arbeiter gegen 51.083 in der gleichen Periode 1901.

Zur Lage der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ einen längeren, wahrscheinlich aus Syndikatskreisen stammenden oder inspirierten Artikel, in welchem sie das Bestehen der großen Bechen, sich eine möglichst hohe Beteiligungsziffer bei den Syndikatsfestsetzungen zu sichern, als recht bedenklich bezeichnet. Durch solchen ungemessenen Ausbehrungsdrang der großen Gesellschaften würde bei den kleineren Bechen eine tiefe Verarmung hervorgerufen, die schließlich für den Fortbestand des Syndikats gefährlich werden könnte.

Amerikanischer Eisenmarkt. Nach dem Wochenbericht der Tageszeitung „Iron Age“ hat sich seit voriger Woche die Lage des amerikanischen Eisenmarktes kaum verändert; nur sind die Preise für Gießerei-Eisen etwas niedriger geworden. Der Stahlmarkt ist ruhig. Bestellungen von ausländischem Stahl werden zurückgehalten, da noch Ungewissheit herrscht über die Beilegung der von den Zollbehörden gemachten Schwierigkeiten bei der Einfuhr von fremdem Stahl. Man erwartet, daß die Preise für Rohisen bald zurückgehen werden.

Die Folgen der wirtschaftlichen Krise machen sich — wie man und schreibt — in empfindlichster Weise auch bei den badiischen Staatsbahnen geltend. Nach der Schlussrechnung der Verwaltung ist die badiische Eisenbahnlinie im Jahre 1901 von 3,51 auf 2,55 Proz. gesunken, der Betriebseffizient dagegen von 77,53 auf 80,77 Proz. gestiegen. Der Einnahmeausfall betrug 3,83 Millionen und ist zur größten Teil auf Rechnung des verminderten Güterverkehrs zu setzen.

Kombi-Dittmorsche. Der Gesamtgewinn beträgt für das abgelaufene Geschäftsjahr 5.053.396 M. gegen 5.657.290 M. im Vorjahr. Davon kommen in Abzug: Verwaltungskosten 647.863 M. (547.065 M.), Zinsen und Provisionen 1.055.700 M. (1.566.816 M.), Rückstellung für Unfall-Versicherung 42.281 M. (25.000 M.), Gebäude-Unterhaltungskosten 41.291 M. (34.877 M.), Abschreibungen 1.747.396 M. (1.640.508 M.), Gratifikationen 18.190 M. (13.182 M.), Dotierung des Special-Reservefonds 75.095 M. (85.917 M.). Als Reingewinn verbleiben 1.425.681 M. (1.743.264 M.). Er soll folgende Verwendung finden: Extra-Abschreibungen 230.000 M., Arbeiter-Unterstützungsfonds 10.000 M. (wie i. V.), weiterer Zuschuß zum Hypothek-Neuerwerbungsconto 157.887 M. (80.000 M.), 5 Proz. Dividende auf 20 Millionen Mark Aktien 1.000.000 M. (i. V. 10 Proz. auf 10 Millionen Mark), Gewinnanteil des Aufsichtsrats 11.889 M. (83.028 M.), Vortrag 25.904 M. (27.336 M.).

Partei-Nachrichten.

Der Vordruss in Solingen ist beendet. Unser dortiges Parteiblatt berichtet:

Eine Besprechung am Mittwochabend, welcher die Vorstandsmitglieder und Bezirks-Vertrauensleute des socialdemokratischen Volksvereins, eine Vertretung des socialdemokratischen Arbeitervereins (beide Schuhmachers Richtung), sowie der Vorstand des Messerschleifer-Vereins beizwohnten, hat das Resultat gezeitigt, daß der Socialdemokratische Arbeiterverein sich auflöst und in die Gesamtpartei übertritt. Dafür trat der bereits von uns aufgestellte Genosse David Wedd freiwillig von der Stadtverordneten-Mandatur zurück, und an dessen Stelle soll der Messerschleifer Karl Eichhorn treten. Eichhorn ist Mitglied des socialdemokratischen Volksvereins geworden und trägt mit den übrigen bei der Besprechung anwesenden Genossen des Socialdemokratischen Arbeitervereins dafür Sorge, daß genannter Verein sich auflöst und soweit seine Mitglieder es wollen, dem socialdemokratischen Volksverein beitreten. Einer am Sonntagabend stattfindenden Volksvereins-Versammlung wird das erfreuliche Resultat zur endgültigen Sanction unterbreitet werden.

Gemeindevahlen. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg wurde in der Neustadt unser Genosse Richert mit 2100 gegen 821 Stimmen wiedergewählt. Gegen die vorige Hauptwahl ist unsere Stimmenzahl um 150 gestiegen, die der Gegner um 595 gesunken. Aus der Altstadt, wo bis Donnerstag 7 Uhr gewählt wurde und acht Mandate zu besetzen waren, liegt zur Stunde noch keine Meldung vor.

In Diegnitz kamen drei Parteigenossen in die Stichwahl. In Delsnis (Königreich Sachsen) wurde ein Parteigenosse wieder- und einer neugewählt.

Der Parteitag der tschech-slavischen Socialdemokratie.

In den Tagen 1., 2. und 3. November waren in Prag die Vertreter des tschechischen Proletariats zu ihrem Parteitage versammelt. Aus dem Berichte des Parteisekretärs Genossen Janek läßt sich erfreulicherweise ein lebhafter Aufschwung des Parteilebens konstatieren. Arbeitervereine, die eine Wirksamkeit im Sinne socialdemokratischer Prinzipien entfalteten, zählte die Partei 971 mit 48.777 Mitgliedern. Hieron sind 68 politische und 417 gewerkschaftliche Organisationen, 397 Bildungsvereine, 60 Internatinalvereine und 29 Turnvereine. Offizielle Versammlungen — soweit sie registriert sind — hat die Partei seit dem letzten Parteitage 12.784 veranstaltet. Das Strafregister der Partei weist die Verurteilung von 586 Parteigenossen wegen politischer Delikte zu Freiheitsstrafen von insgesamt 7 Jahren 6 Monaten und 4 Tagen und Geldstrafen von 2.348,60 Kronen auf. Entsprechend der regen Parteithätigkeit, hat auch die Presse der Partei einen großen Aufschwung genommen. Es erschienen in tschechischer Sprache 36 Blätter gegen 13 Blätter im Jahre 1901.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschloß der Parteitag eine scharfe Protestresolution gegen die Absicht der Regierung, 20.000 Erschwerungsstrafen und 8000 Landwehrmänner samt acht Wochen drei Jahre in aktiver Dienstzeit zu belassen. Zum Redaktionsüberblick entsand sich eine rege Diskussion. Insbesondere wies die Parteigenossen eine Klarstellung bezüglich des tschechischen Parteikonkurses in Wien.

In der sich an das Referat des Abgeordneten Dybek über die parlamentarische Tätigkeit anschließenden Debatte wurde der Standpunkt gerügt, den Genosse Bernerstorfer bei der Abstimmung über das Gillyer-Gymnasium eingenommen hatte. Die Redner verlangten, daß sich die Abgeordneten in Nationalitätenfragen strikte an das Berliner Nationalitätenprogramm halten.

Zum Punkte: Organisation und Taktik ergreift das Wort Genosse Remec. Inse früheren Kongresse waren meist ausgefüllt mit Diskussionen über unser Programm. Heute haben wir unsere feste Grundlage und können uns mehr der praktischen Arbeit, die wir in unseren Organisationen, in den Gemeinde-Vertretungen,

in den Landtagen, im Reichsrat und in anderen öffentlichen Institutionen zu erfüllen haben, zuwenden. Unsere Bewegung wird immer breiter, wir sareiten zur praktischen Arbeit, das konnten wir aber nur durch unsere frühere Arbeit.

Redner polemisiert gegen den Genossen Steiner, der eine radikalere Taktik wünscht. Erst müssen wir in die Organisationen, um dann, bis wir wieder auf die Straßen gehen, recht stark zu sein. Je stärker die Organisation, desto härter der Druck, den die Gasse dann ausüben wird. Hierauf kommt er auf die Bildungsvereine zu sprechen, die er in der heutigen Entwicklung der Bewegung als veraltet betrachtet. Die Bildungsvereine werden vielfach dazu mißbraucht, durch Mitgliedschaft in denselben die Parteizugehörigkeit zu erlangen. Es ist notwendig, daß der Parteitag sich dahin ausspricht, daß jeder Socialdemokrat politisch und gewerkschaftlich organisiert sein muß.

Genosse Bil-Pilsen referiert über die Organisation der Jugend und wünscht in dieser Hinsicht, daß die Organisation der Lehrlinge. Das Hauptgewicht bei der Agitation sei auf die spezifischen Bedürfnisse der Lehrlinge zu legen. Der Lehrling werde vielfach vom Meister zu Arbeiten mißbraucht, die nicht in sein Fach einschlagen. Eine genaue Fraktionierung des Lehrvertrages ist anzuzustreben. Der Referent stimmt nicht mit denen überein, die die Jugend von der Politik fernhalten wünschen. Die Jugend muß frühzeitig zum Klassenbewußtsein erogen werden. Für eine erfolgreiche politische Agitation unter der Jugend sehe er das Verpflanzen antimilitaristischen Geistes an. Er bittet die älteren Genossen, die Agitation unter der Jugend kräftig zu unterstützen, um aus dieser baldmöglichst Kämpfer im politischen und gewerkschaftlichen Kampf zu gewinnen.

Agitation unter den Frauen. Zu diesem Punkte referierte Genossin Fougil-Weinberge, welche es bitter empfindet, daß die Agitation unter den Frauen bisher so wenig Erfolg aufzuweisen hat. Die Partei hat ein eminentes Interesse, die Frau zu gewinnen, da dieselbe die Erzieherin der Jugend ist. Die einzige Partei, die sich der Frauen bemächtigt hat, sind die Liberalen, die einen großen Teil ihrer Erfolge diesem Umstände zu verdanken haben. Rednerin empfiehlt dem Kongress eine Resolution, die eine intensive und regelmäßige Agitation unter den Frauen fordert und dem Agitationskomitee die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt.

Ueber die Aufgaben der Socialdemokratie in den Gemeinden referiert Genosse Dr. Reikner-Prag. Derselbe führt aus, daß die Socialdemokratie in den Gemeinden nur das fordern könne, was unter den heutigen Verhältnissen zu erlangen sei. Trotz des beschränkten Gemeinde-Wahlrechtes habe die Socialdemokratie doch Eingang in die Gemeindestuben gefunden und zwar haben wir in 187 Gemeinden insgesamt 529 socialdemokratische Mitglieder des Gemeinderates. In 9 Gemeinden haben unsere Genossen die Mehrheit (7 socialistische Ortsvorsteher). Es handelt sich meist um kleine Ortschaften in der Umgebung von Industriestädten, wo unsere Genossen Eingang in die Gemeindestuben gefunden haben, und hier zeigt sich als Rückhalt, daß unser Kommunalprogramm nur für große Städte bestimmt ist, sodas unsere Genossen wenig Gelegenheit zur Beteiligungs finden. Jedenfalls ist es notwendig, daß die Genossen, die in die Gemeindestuben gewählt werden, soweit es möglich ist, ihre Prinzipien beharrlich und sich nicht, wie es leider mehrfach geschah, ins Geschehen der reaktionären Mehrheit nehmen lassen. Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage, der Bauordnung, des Armenwesens, des Trinkwassers, der Beseitigung der Unfallschäden, die in die Kompetenz der Gemeinden fällt, werden unsere Genossen genug Gelegenheit finden, sich im Sinne unseres Programms zu betätigen.

Der dritte Tag wurde von Referaten über das Pressegesetz (Ref. Genosse Dr. Schulz) und das allgemeine direkte und gleiche Wahlrecht in Anspruch genommen und die Wahlen in den Parteivorstand vorgenommen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, den 6. November, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsitzende Dr. Langenscheidt eröffnet die Sitzung mit einem Aufruf für den verstorbenen Direktor der städtischen Abteilung des Krankenhauses Friedrichshain, Professor Gahn. Die Versammlung hört den Aufruf stehend an.

Der von der Stralauer Allee nach Himmelsburg führende Mariagraben am 1. zu dessen Unterhaltung Berlin verpflichtet ist, soll wegen der Zunahme des Verkehrs und der Bebauung der dortigen Gegend alsbald reguliert werden. Die Gemeinde Stralau wird dazu einen Beitrag von 21.000 M. leisten; einen weiteren Teil der Gesamtkosten bringen die Anlieger auf. Mit der Gemeinde Himmelsburg ist eine Einigung über deren Kostenanteil noch nicht zu Stande gekommen.

Die Vorlage wird nach dem Magistratsantrag genehmigt. Mit der Annahme des Legats des Hofschuhmachers Gahn von 100.000 M. zur Begründung einer „Sophie-Bahn-Stiftung“ für erwerbslose, jugwache oder kranke Mäherinnen und Handarbeiterinnen, sowie mit der Annahme einer „Sophie-Stiftung“ von 2000 M. für Beihilfen an bedürftige und würdige Schülerinnen der Sophieschule erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Der vom Magistrat ausgearbeiteten Petition an die Minister des Innern und für Landwirtschaft wegen der Fleischversorgung Berlins tritt die Versammlung ohne Debatte einstimmig bei. Ueber die Magistratsvorlage tritt die

Aufbesserung von Beamtengehältern

berätet Stadtverordnetenversammlung. Nach der Begründung handelt es sich nicht um eine umfassende Reform, sondern nur um die Korrektur einiger Gehälter und Nebenarbeiten. 1. Die Gehälter der beiden Bureaudirektoren sollen von 7000 auf 7300 M. verbessert werden, das Gehalt der sechs Revisoren und Hauptkassier-Nebanten soll 6000 (statt 6300), das der 40 Ober-Stadtschreiber 6300 M. nach 8 Jahren (bisher Höchstgehalt 6300 M. nach 6 Jahren) betragen.

Der Ausschuss hat der Erhöhung und der sich daraus bei anderen Kategorien ergebenden Konsequenzen zugestimmt. Stadtverordnete Jylitz (N. 2.) beantragt namens des größten Teils seiner Freunde die Ablehnung. Die Aufbesserung der Beamtengehälter von 1899 müsse doch als eine definitive angesehen werden. Die Ober-Stadtschreiber seien zu zahlreich, auch hätten diese Herren Nebeneinnahmen bis zu 3000 M. aus der Verwaltung von Kirchen- und Stiftungsfonds.

Überbürgermeister Winkler betont, daß es sich wirklich nur um eine Korrektur früherer Versehen handle; im ganzen lämen nur 18.000 M. in Frage. Die Gehälter der Ober-Stadtschreiber müßten erhöht werden, weil die Inhaber der Stellen gleichen Ranges im Staatsdienste in höhere Höchstgehälter aufrücken als in der städtischen Verwaltung. Ohne die Aufbesserung entzöhe die Gehälter, daß die tüchtigsten und zuverlässigsten Kräfte von der Stadt abgezogen werden und in den Staatsdienst als Ministerialsekretäre z. treten. Für die Leistungen der Betroffenen sei das jetzt Geforderte nicht zu hoch.

Die Mehrforderungen werden bewilligt. Die vier untersten Gehaltsstufen der 379 Magistratssekretäre sollen von 1900, 2200, 2500, 2800 M. auf 2000, 2300, 2600, 2900 M. erhöht werden, desgleichen bei den Titular-Sekretären. Bei den Bureau-Assistenten (682 Stellen) sollen die drei letzten Stufen von 3700, 3900 und 4000 M. bereits nach 18, 20, 22 Jahren (statt nach 10, 22, 25 Jahren) erreicht werden. Auch die 20 Stellen für Straßeneinigungs-ausscher sollen insofern aufbessert werden, als das Höchstgehalt von 2200 M. nicht mehr nach 20, auch nicht mehr entsprechend der Vorlage nach 18, sondern bereits nach 15 Jahren erreicht wird.

Der letztere Vorschlag des Ausschusses wird ebenfalls vom Stadtverordneten Jylitz bekämpft, dagegen von seinem Fraktionsgenossen Gassel befürwortet und von der Mehrheit angenommen. In den Einzelstadien der städtischen Gas-, Wasser- und Kanalisationswerke, des Viehmarktes, des Schlachthofes, der Fleischbank, der Markthallen-Verwaltung und der Hauptkasse der städtischen Werke werden die entsprechenden Änderungen in der Klasse der hierher gehörigen Beamten- und Gehaltsklassen vorgenommen. Die Zahlung der er-

Reichstag.

210. Sitzung. Donnerstag, den 6. November 1902, mittags 12 Uhr.

Zum Bundesratsitz: Graf Posadowski.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

§ 2 bestimmt in der Fassung der Kommission, daß den Gewichtszöllen im allgemeinen das Reingewicht (Nettogewicht) zu Grunde gelegt wird. Dagegen sollen die Gewichtszölle vom Rohgewicht (Brutto) erhoben werden: a) wenn der Tarif dies ausdrücklich vorschreibt, b) bei Waren, für die der Zoll 6 Mark für den Doppelcentner nicht übersteigt. — Bei der Ermittlung des Reingewichts von Flüssigkeiten wird das Gewicht der unmittelbaren Umhüllungen (Käfer, Flaschen, Krufen u. dgl.) nicht in Abzug gebracht. Der Bundesrat bestimmt den Anteil des Rohgewichts, der zur Berechnung des Reingewichts als Tara in Abzug gebracht werden kann. — Beim Eingang von Waren in den freien Verkehr bleiben handelsübliche Umhüllungen zollfrei. Nach Bestimmungen des Bundesrats kann bei der Verzollung von Waren, die nach dem Zollgewicht zollpflichtig sind, sofern sie unverpackt oder in nicht handelsüblichen Umhüllungen eingegeben, dem Reingewicht der Waren und bei der Verzollung von Flüssigkeiten, dem Eigen- gewicht der Flüssigkeiten das Gewicht der handelsüblichen Umhüllungen hinzu gerechnet werden.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht (Soc.) und Genossen a) daß die Gewichtszölle stets vom Reingewicht zu erheben sind, b) den letzten Satz der Kommissionsbestimmungen („Nach den Bestimmungen des Bundesrats“ bis „hinzugerechnet werden“) zu streichen; c) eventuell, für den Fall der Ablehnung des Antrages b, d. h. der Aufrechterhaltung des genannten Satzes) diesem hinzuzufügen: „Die getroffene Bestimmung ist dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht veranlaßt ist, bei seinem nächsten Zusammen- tritt mitzuteilen. Sie ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

Abg. Kollmann (Soc.):

Die Zollaufschläge für die Verpackung sind oft so hoch, daß die Zollfässer, die im Tarif stehen, lediglich nominal sind. Man sollte aber doch aus dem Tarif ersehen können, wie der Zoll im ganzen für irgend eine Ware ist. Gibt der Bruttogehalt, so wird eine Ware, die vielleicht 5-6 Pf. Zoll kostet, deren Packmaterial aber mehr als der Inhalt wiegt, mit einem Schlage im Zollfuß verdoppelt. Das verursacht dem Handel unnütze Wälder. Ein großer Teil der Zolltarifstellen ist auf die Verpackung der betreffenden Waren zurückzuführen. Nun heißt es, daß Rücksicht genommen werden soll auf handelsübliche Umhüllungen. Was sind aber „handelsübliche“ Umhüllungen? Tabak zum Beispiel kommt in den verschiedensten Verpackungen, in Kisten, in Stößen usw. nach Deutschland. Wie soll sich aus ein neues Packmaterial einführen, wenn die Zollbehörde dann einfach erklärt, daß sie keine handelsübliche Umhüllung, und die Ware so wertener wird. Die Befreiung des Zolles in Tanks hat viel früher in Kisten ist ein bedeutender technischer Fortschritt. Solche Fortschritte sollte die Zollgesetzgebung nicht verhindern. Die Verlagerung in Tanks bedeutet auch eine viel größere Sicherheit für Leben und Gesundheit der verladenden Arbeiter. Diese neue Erfindung hat sicher vielen Arbeitern das Leben erhalten. Es soll hier dem Bundesrat die Vollmacht gegeben werden, ohne irgend eine Veränderung des Zolltarifs Zollfässer herauszugeben. Jede Anwendung dieser Befugnis wird natürlich Beschwerden in anderen Ländern zur Folge haben. Deshalb verlangen wir, daß statt des Roh- gewichts überall das Reingewicht zu Grunde gelegt werden soll, und daß weiterhin die dem Bundesrat hier eingeräumten Rechte gestrichen werden sollen. Will man dieses Recht aber nicht ganz streichen, so bitten wir wenigstens unseren Eventualantrag anzunehmen, wonach diese Bestimmungen des Bundesrats der späteren Zustimmung des Reichstages bedürfen. Ohne eine solche Einschränkung würde der Bundesrat es vollständig in seiner Gewalt haben, die Zollfässer fortwährend zu ändern.

Unterstaatssekretär im Reichsfinanzamt v. Fischer (auf der Tribüne fast vollkommen verständlich): Die auf die Umhüllungen be- züglichen Bestimmungen des § 2 bestehen seit 40 Jahren in allen Zollgesetzen, und es wäre verfehlt, daran etwas zu ändern. Ich bitte es bei dem bisherigen bewährten System, das nach der Regierungsvorlage und dem Kommissionsbeschluss aufrecht erhalten werden soll, zu belassen.

Abg. Dr. Spahn (C.): Auch ich bitte es bei den Kommissions- beschlüssen zu belassen. Der sozialdemokratische Eventualantrag, wonach der Reichstag die vom Bundesrat getroffenen Bestimmungen zu genehmigen hat, würde dem Reichstag mit einer Aufgabe belassen, der er kaum gewachsen ist. Wir sollten also auch von diesem Antrag Abstand nehmen.

Abg. Brömel (fr. Bg.):

Ich wundere mich sehr, daß Dr. Spahn entgegen allen früheren Gepflogenheiten des Centrums hier die Rechte des Reichstages gegen- über dem Bundesrat ohne weiteres preisgibt. Ebenso auffällig war es ja, wie gestern bei der wichtigen Frage des Reichsstaats- gegen unzureichendste Zollbefreiungen das Centrum nicht einmal den Mut fand, seine Zustimmung von der Tribüne des Reichstages aus zu verweigern. Denn die absichtlich in die Form einer per- sönlichen Bemerkung gekleideten Worte des Abg. Dr. Bader können nicht als eine Rechtfertigung des Abfalles der Centripartei von seiner früheren Auf- fassung gelten. Sie waren im Gegenteil nichts als eine Verlegenheitsphrase, mit der die platte Dialektik des Abg. Dr. Bader sich herauszubehelfen suchte. Mit welcher Mühe und mit welchem Ernst ist jeder Zeit der Reichstag darangegangen, in dieser Frage den Beschwerden des Handels und des Ansehens zum Rechte zu verhelfen! Wir können uns bei diesen zollrechtlichen Fragen nicht auf die Person eines Staatssekretärs verlassen, sondern wir brauchen dauernde Rechtsinstitutionen. (Sehr richtig! links.) Das ist notwendig besonders in einer Zeit wie der heutigen, wo man so manchen Staatssekretär, sobald er einmal mit etwas Rühmchen auftritt, sagen muß: „Heute noch auf stolzen Rossen“ — (Weiterlekt.) Der gestrige Unfall des Centrums, der mit allen früheren Erklärungen Windhorsts und anderer her- vorragender Parteiführer in Widerspruch stand, hat aber die Schaffung solcher Rechtsgarantien verhindert. Ich halte es für geboten, die Forderungen der Partei Socialdemokraten, daß die Anordnungen des Bundesrats dem Reichstage zur Ge- nehmigung vorzulegen sind, auszuweihen auch auf die Tara. (Medner überreicht dem Präsidenten einen dahingehenden Antrag.) Natürlich soll der Reichstag nicht jede Tara in jedem einzelnen Falle prüfen. Wo kein Klager ist, da ist kein Richter. (Sehr richtig! links.) Aber der Reichstag würde da- durch in die Lage kommen, Beschwerden gegen die Festsetzung von Tariffüssen zu prüfen.

Was den ersten Antrag Albrecht betrifft, so halte ich es nicht für richtig, den bestehenden Zustand in diesem Punkte zu verändern, da ja der ganze Tarif auf diese Bestimmungen zugeschnitten ist.

Unterstaatssekretär v. Fischer bittet, den Antrag Brömel in Bezug auf die Tariffüsse abzulehnen. Die Tariffüsse standen früher im Tarif, es hat sich aber herausgestellt, daß der Zustand nicht halt- bar war.

fänge dem Bundesrat zu überlassen sei, aber die seit 1879 gemachten Erfahrungen haben uns dazu geführt, dem Bundesrat nicht zu viel Vertrauen zu schenken und recht häufig von der — ich möchte sagen — Vorhutsmaßregel Gebrauch zu machen. Ich bitte die Herren Socialdemokraten, ihren Antrag zu Gunsten des geringeren, der ledig- lich eine Erweiterung desselben bedeutet, zurückzugeben.

Abg. Zolle (Soc.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) plädiert nochmals für den Antrag Albrecht, die Gewichtszölle nach Rohgewicht überhaupt zu beseitigen.

Abg. Singer (Soc.) zieht den Antrag Albrecht zu dem letzten Absatz des § 2 zu Gunsten des erweiterten An- trages Brömel zurück.

Abg. Dr. Spahn (C.) wendet sich gegen den Antrag Brömel. Bedeutende Autoritäten haben sich dafür ausgesprochen, daß die Festsetzung der Tariffüsse dem Bundesrat zu überlassen ist.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Die Debatte beweist, wie thöricht es war, zuerst das Tariffgesetz und dann den Tarif zu beraten. An dem System, für welche Waren Brutto, für welche Nettogewicht zu erheben sind, wollen wir nichts ändern, aber es ist zweifellos, daß in zahlreichen Fällen Beschwerden gegen die Festsetzungen des Bundesrats erfolgt sind, die jahrelang verschleppt worden sind. Daher muß der Reichstag auf jeden Fall die Möglichkeit haben, Remedur zu schaffen.

Abg. Brömel (fr. Bg.): Der Reichstag hat wiederholt schon der Regierung Petitionen gegen zu hohe Tariffestsetzungen zur Ver- fügung überwiehen. Wenn mein Antrag angenommen wird, können wir aber in die Lage, unsere Beschwerden selbst Geltung zu verschaffen. (Sehr richtig! links.) Ich möchte daher Herrn Spahn zurufen: Hic Rhodus, hic salta!

Damit schließt die Diskussion.

Der erste Antrag Albrecht, überall das Reingewicht gelten zu lassen, wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt. Der zweite Antrag Albrecht, der die Befugnisse des Bundesrats streichen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 92 Stimmen abgelehnt. (Die Präsenziffer beträgt somit 269.)

Ueber den Antrag Brömel wird ebenfalls namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergibt bei einer Anwesenheit von 248 Mitgliedern die Ablehnung des Antrages mit 192 gegen 114 Stimmen.

Darauf wird § 2 in der Fassung der Kommission an- genommen.

§ 3 giebt dem Bundesrat die Ermächtigung, für Waren, deren zollamtliche Untersuchung besonders schwierig ist, bestimmte zollabfertigungsfreie Stellen vorzuschreiben, sofern nicht die Beteiligten bereit sind, den höchsten in Betracht kommenden Zollfuß zu zahlen oder die Kosten für die Heberhebung der Waren oder Warenproben an eine der vorgeschriebenen Abfertigungsstellen zu tragen.

Abg. Gothein (fr. Bg.):

Die Vollmacht, die hier dem Bundesrat erteilt werden soll, ist eine Unantastbarkeit. Bisher bestand die Vollmacht nur für gewisse Gattungen, und es ist nicht einzusehen, weshalb wir sie ausdehnen sollen. Zugegeben ist ja, daß es schwer sein wird, an allen zollabfertigungsfreien Stellen zu finden, die dieses Konsum von Zolltarif in allen Teilen beherzigen. (Sehr richtig! links.) Aber wenn die Regierung ein solches Gesetz macht, muß sie auch für die Ausführung sorgen. Daß § 3 bei der Auslegung der Position „Wach“ gemacht werden wird von den Zollbehörden, davon bin ich ja über- zeugt. (Weiterlekt und sehr richtig! links.) Die Regierung wird eben Zollabfertigen und Zollseminarien zur Ausbildung der Beamten einführen müssen. Ich beantrage daher dem § 3 folgenden Zusatz zu geben: „Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag sofort oder, wenn er nicht veranlaßt ist, bei seinem nächsten Zusammen- tritt mitzuteilen. Sie sind insoweit außer Kraft zu setzen, als der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“ Am besten wäre es ja, wenn der Paragraph überhaupt gestrichen würde, aber ich bin ein so konsequenter Mann, daß ich gerne das Be- stehende erhalten will. (Weiterlekt) und so bitte ich Sie mir meinen Zusatzantrag anzunehmen. Ich hoffe, daß dann das bürokratische Juteresse, möglichst wenig Zollämter zu schaffen, im Reichstag ein Gegengewicht findet.

Damit schließt die Diskussion. Das Amendement Gothein wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt. § 3 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 4 bestimmt nach dem Beschlusse der Kommission, daß mit der Post eingehende Warensendungen bis 250 Gramm Roh- gewicht und nach dem Gewichte zu verzollende Waren unter 50 Gramm zollfrei sind. Zollbeträge unter 5 Pf. sollen überhaupt nicht erhoben werden. Der Bundesrat ist befugt, im Falle des Mißbrauchs für einzelne Warenabfertigungen oder für einzelne Grenzstellen Beschränkungen anzuordnen.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soc.): 1. Zollbeträge bis 20 Pf. (statt 5 Pf.) nicht zu erheben; 2. die ge- nannte Befugnis des Bundesrats zu streichen; 3. eventuell diese Befugnis folgendermaßen zu fassen: „Der Bundesrat ist be- fugt, in allen vorgeordneten Beziehungen im Falle des Mißbrauchs örtliche Beschränkungen anzuordnen. Die angeordneten Beschrän- kungen sind dem Reichstage sofort oder, wenn er nicht veranlaßt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht erteilt.“

Abg. Fischer-Sachsen (Soc.):

Nach meinem Antrage sollen die kleinen Zollbeträge von weniger als 20 Pf. nicht erhoben werden. Solche Beträge haben keine Bedeutung weder für den Schutz der Landwirt- schaft noch der Industrie. Der Antrag hat Bedeutung für den Grenzverkehr. Er wird es den Bewohnern der Grenze er- möglichen, kleine Quantitäten von Lebensmitteln oder Waren unverzollt über die Grenze zu bringen. Dies Recht muß den Grenzwohnern ge- rechtlich festgesetzt werden. Es handelt sich hier um Quantitäten, die geringer sind als die nach dem jetzt bestehenden Recht zollfrei eingelassenen. Nur die äußerste Not kann die Veranlassung sein, wenn jemand um so geringer Beträge willen weite Wege macht. Unser Antrag will den armen Grenzwohnern nur die allergeringste Ent- schädigung gegenüber der reichen Bevölkerung der Lebensmittel durch die hohen Zölle gewähren. Es kommen nur Quantitäten von 1/2 Kilogramm Fleisch, Speck, Kaffee usw. für die zollfreie Grenz- überführung in Betracht.

Nun will die Kommission dem Bundesrat die Be- fugnis einschränken der Bestimmungen einzuräumen. Wir haben aber Grund zum Mißtrauen gegenüber solchen Befugnissen des Bundesrats. Wie er davon Gebrauch zu machen pflegt, hat ja erst kürzlich die Grenzpolizei besonders bei uns in Sachsen be- wiesen. Zum allernächsten müßte die Grenze festgelegt werden, unter die der Bundesrat nicht herabgehen kann. Was wird der Bundesrat unter „Mißbrauch“ verstehen? In Sachsen hat man, wie der sächsische Regierungsdirektor mitteilt, schon im angeblich abgetriebenen Gebrauch einen „Mißbrauch“ er- blickt. Auch zur Veranlassung des Schammgells wird diese Befugnis nicht dienen. Im Gegenteil, man fördert den Schammgell, wenn man der Grenzbevölkerung nicht die Möglichkeit gewährt, Waren, die wenige Schritte vom Wohnort vielerorts billiger zu kaufen seien als diesseits der Grenze, zoll- frei mit nach Hause zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es wird in der Begründung der Regierungsvorlage selbst angegeben, für gewisse Grenzbezirke müßten im Interesse der Bevölkerung Vergünstigungen eintreten. In deu- selben Gesetz aber nimmt man den Grenzwohnern fast alle früher vorhandenen Vergünstigungen! Die Zollschranken hindern den

Verkehr in den Grenzbezirken, sie hemmen den Kaufmann, sich einen ausgedehnteren Kundencreis zu schaffen und belasten die Arbeiter- bevölkerung beim Einkauf ihrer Konsummittel. Das gilt in hohem Maße z. B. von der sächsischen Lausitz, wo längs der Grenze in ununterbrochener Folge Industrie- dörfer von 8 bis 10000 Einwohnern liegen, so daß der ganze Bezirk eine einzige halbdeutsche, halb östreichische Großstadt bildet. Dort kommen tagtäglich durch die Zollhebung für die geringsten Quantitäten die größten Ersparungen des Grenzverkehrs vor. So wurde Leuten aus Jittau, die zur Hilfeleistung mit einem Verbands- lasten über die Grenze gehen wollten, dieser Lasten von der östreichischen Behörde beschlagnahmt, weil etwas Wein und Stärkungsmittel darin waren, und erst bei der Rückkehr nach Deutschland zurückgegeben. Eine Frau wollte sich am Weihnachtsabend zu ihren jenseits der Grenze wohnenden Verwandten begeben und den Kindern ein Stück Weihnachts- stollen mitnehmen. Kurz vor dem Hause der Verwandten wurde sie aber von dem Grenzschutz wegen Zollunterfertigung verhaftet und mußte ihn nach der Grenzstation folgen. Damit war ihr die Weihnachtsfeier verdoeben. Ich selbst habe erlebt, daß eine Frau eine von einem Sonntagsausflug aus Böhmen mitgebrachte kleine Wurst, die sie im Restaurant in der Eile nicht hatte essen können, verzollen mußte. Der Unterstaatssekretär v. Fischer sagte in der Kommission, der geringe Profit, den man durch Kauf jenseits der Grenze etwa erzielt, werde doch wieder in Schnaps vertrunken. Dieser Anspruch steht auf der Höhe der Unternehmer-Entschädigung für die Ver- weigerung höherer Löhne, diese würden ja doch nur in Schnaps vertrunken. Herr v. Fischer hat auch seine Behauptung mit keinem Beispiel zu beweisen vermocht. Das Geld, die Armut der Grenzbevölkerung im sächsischen Erz- gebirge ist ja sprichwörtlich, daher dürfen wir ihnen keinesfalls die Lebensmittel noch verteuern. Der Ernährungszustand dieser Bevölkerung, die meist sog. Kartoffelbäuer sind, ist durch- weg ein äußerst schlechter. Der Verdienst der Leute ist ein so geringer, daß sie direkt gezwungen sind, ein so be- schränktes Leben zu führen, das schon jetzt ständiger Unterernährung gleichkommt. Noch in der letzten Zeit haben starke Lohnreduktionen stattgefunden. Eine große Unruhe hat sich bereits der Bevölkerung bemächtigt. Gemeinderäte haben an den Reichstag petitioniert, damit den armen Leuten die bisherigen Vergünstigungen erhalten bleiben. Zahlreiche kleine deutsche Geschäftleute an der Grenze sind in ihrer ganzen Existenz auf die höfliche Stundhaft angewiesen und umgekehrt. Man könnte nun sagen, die zollfreie Einfuhr von 1 Pfund Fleisch doch dem einzelnen nicht allzuviel. Ich erinnere Sie aber an die bedeutende Differenz in den Preisen von Fleisch und andren Lebensmitteln in Böhmen und Sachsen. So kostet zum Beispiel in Jittau das Pfund Rindfleisch 66-75 Pf., in Böhmen 55, Schweinefleisch 76-90, in Böhmen 68 Pf. Diese Preisdifferenz kommt bei einer zollfreien Grenzüberführung für die arme Bevölkerung doch sehr bedeutend in Betracht. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag, Zollbeträge bis zu 20 Pf. nicht zu erheben, anzunehmen, und ebenso die von dem Kommissionsvorsitzenden vorgesehene Befugnis des Bundesrats zu streichen. Allenfallsens aber muß der Bundesrat verpflichtet sein, die von ihm erlassenen Beschränkungen dem Reichstag zur Genehmigung mitzuteilen. Nehmen Sie aus Rücksicht auf die arme Grenzbevölkerung und auf die Gerechtigkeit unserer Anträge an! (Beifall bei den Social- demokraten.)

Vom Abg. Singer (Soc.) ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über Absatz 3 des § 4 (Befugnisse des Bundesrats) eingegangen.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß die Abgg. Camp (Rp.), Rettich (L.) und Spahn (C.) den Schluß der Debatte beantragen.

Abg. Singer (Soc.) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage namentliche Abstimmung über diesen Schlußantrag. (Lärm rechts.)

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird von den Social- demokraten und Freisinnigen unterstützt. (Erneute lärmende Zurufe rechts und im Centrum.)

Der Namensaufruf ergibt bei einer Anwesenheit von 247 Abgeordneten die Annahme des Schlußantrages mit 189 gegen 76 Stimmen. Zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Nationalliberalen stimmen mit der Mehrheit. Da während des Namensaufrufes im Hause zeitweilig große Unruhe herrschte, bittet Präsident Graf Ballestrem, mit Rücksicht auf die Herren Schriftführer, die schon sehr angegriffen sind, um größere Ruhe. (Weiterlekt.)

In der Abstimmung wird hierauf zunächst der Antrag Albrecht (Soc.), der Zollbeträge bis zu 20 Pf. nicht erhoben wissen will, gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen ab- gelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Albrecht (Soc.), im Fall der Aufrechterhaltung der Befugnisse des Bundesrats die Genehmigung des Reichstages einzuholen, ist eine namentliche. Sie ergibt bei einer Anwesenheit von 251 Abgeordneten die Ablehnung des Antrages mit 109 gegen 82 Stimmen.

§ 4 wird hierauf unbedändert in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 5 zählt in einer großen Reihe von Abschnitten diejenigen Gegenstände auf, welche vom Zoll befreit werden sollen. Hierzu liegen eine Reihe sozialdemokratischer Anträge vor.

Abg. Sped (C.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen zu § 5.

Abg. Singer (Soc., zur Geschäftsordnung):

Ich möchte dem Herrn Präsidenten fragen, ob er beabsichtigt, entsprechend dem Vorgang in der Kommission die einzelnen Nummern in § 5 getrennt zu diskutieren. Sollte ich nicht freu, so stelle ich hiermit einen dahingehenden Antrag und bitte gegebenenfalls um das Wort zur Begründung dieses Antrages. Zunächst verzichte ich darauf, da ich es für selbst- verständlich halte, daß das Haus dieser Anregung folgt.

Präsident Graf Ballestrem: Ich denke, wir verfahren hier, wie wir bis jetzt verfahren sind. Wir haben bis jetzt immer über die ganze Paragraphen diskutiert mit Ausnahme des ersten, der nicht vollständig zur Beratung kommen konnte, weil die Eingangsworte erst später festgestellt werden können. Wenn Herr Singer ein andres Verfahren wünscht, so wird das Haus darüber zu entscheiden haben.

Abg. Singer: Die Diskussion über § 1 ist nach meiner Er- innerung abgelaufen, ja sogar zifferweise erfolgt. (Sehr richtig! links.) Eine wirkliche Beratung des § 5 halte ich nur für möglich, wenn getrennt abgeklummt wird. Die einzelnen Absätze enthalten die allerwertvollsten Gegenstände. Wer über alles sprechen wollte, brauchte eine so unendlich lange Zeit, daß es in der That eine Zeterpartei für das Haus bedeutet, wenn Sie uns diesen Danks nachkommen. (Lärm rechts.) Sehr richtig! links.) Aber auch abgesehen davon wird man es mir als ein Gebot der Billigkeit bezeichnen können, wenn bei den Nummern, zu denen Anträge gestellt sind, wenigstens den Antragstellern das Wort zur Begründung ge- geben wird, es müßte dem sein, daß man bei der Postar- betzung den Sinn einer parlamentarischen Beratung geradezu ins Gegenteil verkehren wollte. (Große Unruhe rechts.) Ich erinnere an ein Wort, das in der Kommission gefallen ist: „In diesem Zoff-Zoff-Zempo mühen Sie den Verhandlungen wirklich nichts.“ (Sehr richtig! links.) Sollte aber auch nicht getrennt diskutiert werden, so wird die Zeit des Hauses doch in anderer Weise in Anspruch genommen werden, denn es ist doch selbstverständlich, daß

wir wenigstens durch Abstimmungen feststellen lassen werden, wenn wir den Grunden, die wir in unseren Anträgen zu den Absätzen niedergelegt haben, versichert. Ich bitte Sie, sich nur einmal den § 5 anzusehen — ich hoffe, daß jeder der Herren eine Vollstän- digkeits-Vorlage besitzt. (Unruhe rechts.) Ich würde die beleidigende Vermutung gar nicht aussprechen wagen, daß etwa einzelne der Herren den § 5 überhaupt noch nicht gelesen haben. (Weiterkeit h. d. Soc., Unruhe rechts.) Aber ich muß doch sagen, es sind die verschiedenartigsten Dinge, die Sie hier zusammenfassen wollen. Es handelt sich hier um Gegenstände, die vom Zoll befreit bleiben sollen. Dabei kommen die allerheterogensten Gegenstände in Frage. Redner führt einen Teil der in den vierzehn verschiedenen Ziffern des § 5 aufgeführten Gegenstände an. Wie will man die Diskussion zusammenfassen? Z. B. über Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht, die unter gewissen Bedingungen zollfrei sein sollen, über von deutschen Fischern und Mannschaften gefangene Fische und Kloben, über gebräute Wässhäute, gebräute Rastinen, Ausstattungsgegenstände, Gebrauchsgegenstände für Schiffer und Fuhrleute, gebrauchte Koffer und Reisetaschen, Verpackungsmittel und Kunstgegenstände, über Orden, Wappenschilder und Flaggen! (Weiterkeit.) Wenn die Diskussion überhaupt irgend einen Sinn haben soll, darf man die Verhandlung über so verschiedene und in verschiedener Hinsicht zu behandelnde Gegenstände nicht zu einer einzigen Debatte zusammenfassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es trotzdem geschieht, müßte jeder einzelne Redner, mit Punkt 1 beginnend und alle Ziffern bis 14 durchsprechend, eine so lange Rede halten, daß auf keinen Fall Zeit gespart würde. Es müßte denn sein, daß die Mehrheit auch hier wieder die Taktik, einen Redner sprechen zu lassen und dann die Diskussion zu schließen, in Anwendung brächte. Wir haben gegen diese Taktik durch unseren Antrag auf namentliche Abstimmung Protest erhoben, weil außer uns allen anderen Parteien durch den Schlußantrag das Wort abgeschnitten worden ist. Wir können nicht zugeben, daß den übrigen Parteien das Recht der Diskussion in dieser Weise genommen wird. (Lachen rechts und im Centrum.) Ich möchte also dringend bitten und damit meinen Antrag etwas einschränken, daß wenigstens diejenigen Ziffern, zu denen wir Anträge gestellt haben, gesondert zur Diskussion gestellt werden. Wir haben das lebhafteste Interesse an einer sachgemäßen Diskussion, gegen die wirklich nichts eingewendet werden kann, es sei denn, man stellt sich auf den Standpunkt, daß das, was die Kommission gemacht hat und was die Majorität will, überhaupt unantastbar sei. Dann bräuteten wir aber überhaupt nicht zu diskutieren. Vorläufig haben wir noch das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie sachlichen Gründen zugänglich sind, und ich halte es daher für sehr wahrscheinlich, daß eine Reihe unserer Anträge die Majorität auf sich vereinigt. Jedenfalls sollten Sie (nach rechts und zum Centrum) sich doch nicht in eine Position drängen, aus der mit Recht gefolgert werden könnte: Die Herren wollen ja die Gründe ihrer Gegner gar nicht hören, sie wollen einfach abstimmen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie scheinen, daß Sie wirklich ein etwas gewagtes Spiel spielen! Vielleicht kommt die jetzt ausschlaggebende Partei einmal in eine Lage, in der sie nicht mehr die regierende Partei ist und es peinlich empfinden müßte, wenn man ihr ihr heutiges Verhalten vorhält. Sie sollten soviel Rücksicht nehmen, um meine Gründe

wenigstens zu hören! Ich beantrage hiermit, daß die Ziffern, zu denen wir Anträge gestellt haben, gesondert diskutiert werden. Gleichzeitig beantrage ich namentliche Abstimmung über diesen Antrag. (Große Unruhe und Gelächter rechts.)
Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren, ich bin hier, um gemäß der Geschäftsordnung zu verfahren. Wenn in diesem Falle von der Geschäftsordnung abgewichen werden soll, so müßte das Haus das beschließen. In der Geschäftsordnung heißt es: „Über jeden einzelnen Artikel wird der Reihenfolge nach die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt.“ Das habe ich gethan, und ich glaube, ich habe die Geschäftsordnung richtig gehandhabt.
Außerdem möchte ich noch bemerken: ich gehöre zu denjenigen, die Herr Singer erwähnt hat, die den § 5 gelesen haben (Große Heiterkeit). Ich habe auch die Amendements der Herren gelesen und ich habe gefunden, daß diese Amendements den inneren Inhalt des § 5 weniger berühren als andre Sachen. (Sehr richtig! im Centrum.) Sie sind teilweise nur redaktioneller Natur, teilweise stehen sie mit der Sache nicht in durchaus engem Zusammenhang. (Hört! Hört! im Centrum.) Ich glaube deshalb, daß auch sachliche Gründe dafür sprechen, daß die Abstimmung nicht getrennt zur Beratung kommen.
Abg. Dr. Spahn (L.): Ich meine, wir sollten ruhig bei dem Beschluß bleiben, den das Haus einstimmig gefaßt hat; daß wir die Geschäftsordnung in diesem Falle anwenden wie in allen andern Fällen. Ich mache darauf aufmerksam, daß bereits der Herr Berichterstatter das Wort genommen und über alle Abschnitte gesprochen hat. Ich sehe auch nicht ein, welche Gründe hier vorliegen sollten, anders vorzugehen als sonst. Der Schlußantrag beim letzten Paragraphen wurde gestellt, weil man noch sozialdemokratische Redner zum Worte gemeldet waren. (Stürmische Ausrufe links: Ist nicht wahr. Abg. Brömel: Ich habe mich zum Worte gemeldet.)
Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Der innere Grund, der uns zwingt, getrennte Beratung zu fordern, ist im wesentlichen folgender: Nach der Art und Weise wie die Majorität dieses Hauses bei dem unmittelbar vorhergehenden Paragraphen mit dem Schlußantrag verfahren ist, ist zu erwarten, daß, wenn dieser ganze § 5 mit allen fünfzehn Absätzen gleichzeitig zur Diskussion kommt, wir auf dieser Seite befürchten müssen, daß nachdem ein Redner gesprochen hat, von jener Seite des Hauses ein Antrag auf Schluß der Debatte kommt. Diese Methode des Vorgehens ist ein Kinderspiel. (Stürmische Ausrufe rechts.)
Präsident Graf Ballestrem: Ich erlaube mir nur zu bemerken, daß dies ein parlamentarischer Ausdruck ist, der aus England stammt.
Abg. Dr. Barth: Ich bin dem Herrn Präsidenten für diese Belehrung dankbar. Ich habe bisher geglaubt, daß der Velleitische Kindermord aus der Bibel stammt. (Große Heiterkeit.) Gierlei wie diese Frage entschieden wird, das werden Sie zugeben müssen, daß eine solche Behandlung, wie wir sie unmittelbar vorher erlebt haben, uns in der That zu Abwehrmaßnahmen zwingt. Zum mindesten müssen wir verlangen, daß über die Ziffern, zu denen Anträge vorliegen, besonders diskutiert wird. (Pravol! links.)
Abg. Stadthagen (Zoc.): Die von uns gestellten Anträge sind teilweise schon in der Kommission diskutiert worden, teilweise noch nicht, sondern dort erst angetagt. Wir sind sogar von der Mehrheit

darauf hingewiesen worden, wir mögen solche Anträge stellen, weil sie sie annehmen wolle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission ist über die Abschnitte besonders verhandelt worden und Herr Spahn wird mir zugeben, daß gerade dadurch eine sachliche und schnelle Beratung stattgefunden hat. Es kommt hinzu, daß nach den Vorgängen, die wir bisher erlebt haben, man beschließen muß, daß nur ein sehr geringer Teil der Abgeordneten der Begründung sämtlicher Anträge zuhört, wenn in der That eine Zusammenfassung erfolgt. Daher würde die Frage aufzuwerfen sein, ob es mit Artikel 28 der Reichs-Verfassung vereinbar ist, daß überhaupt noch weiter verhandelt wird, wenn das Haus im Saale nicht beschlußfähig ist. Alle Staatsrechtslehrer, soweit sie unabhängig sind, stimmen darin überein, daß dann nicht mehr verhandelt werden kann. Wenn das Votum des Herrn Spahn berechtigt sein sollte, wäre es das richtige, wenn wir den Vollstän- digkeits-Entwurf in zwei Teile teilen: in 200 Positionen für Vollstän- digkeit und 700 Positionen für Vollstän- digkeit. Diese Methode der Teilung haben Sie aber auch beim § 1 nicht gethan. Da handelte es sich durchweg um Jolle, Sie haben aber Rindvieh und Getreide doch nicht zusammenberaten. Es handelt sich in den einzelnen Abschnitten um ganz verschiedene soziale Verhältnisse, so haben doch „Prant- oder Hochzeitsgeschenke“ absolut nichts zu thun mit „Materialien zur Ausbesserung von See- oder Flußschiffen“. — Herr Spahn würde ich sehr dankbar sein, wenn er uns die Gründe darlegte, aus welchen heraus er in der Kommission für die getrennte Beratung der Ziffern dieses Paragraphen gestimmt hat, wo er mit mir zusammen doch alles gethan hat, was im Interesse der Beschleunigung der Sache lag. (Große Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Von dem Grundsatze, sachlich, gründlich und schnell werden wir nicht abgehen. Deshalb fordern wir gerade die Trennung, die geschäftsordnungsmäßig ebenso zulässig ist, wie die Zusammenfassung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
Abg. Brömel (fr. Bg.) konstatiert, daß sich beim vorigen Paragraphen nicht bloß Redner der sozialdemokratischen Partei zum Worte gemeldet hätten, sondern daß auch ihm das Wort durch den Schlußantrag abgeschnitten worden wäre. (Hört! hört! links.) Lediglich auf sachliche Erwägungen stützt sich unser Widerspruch gegen den Vorschlag des Herrn Präsidenten. Deratsgut und Sätze können doch nicht zusammen behandelt werden. (Weiterkeit.) Die Darstellung, die der Abg. Fischer-Sachsen über den Grenzverkehr gab, war durchaus sachlich gehalten. Die ganze Frage berührt die erheblichsten Interessen unserer ärmsten Bevölkerungsschicht. Es war also doppelt rücksichtslos, die Diskussion in der beliebigen gewaltsamen Weise abzuschneiden. (Sehr richtig! links.) Der ganze Vorgang giebt uns doppelt Veranlassung, uns die sachliche Diskussion wichtiger Fragen nicht verkümmern zu lassen. (Lebhafter Beifall links.)
Es folgt hierauf die vom Abg. Singer (Zoc.) beantragte namentliche Abstimmung über die Frage, ob der § 5 im Ganzen oder getrennt diskutiert werden soll.
Der Antrag Singer auf getrennte Diskussion des § 5 wird mit 170 gegen 69 Stimmen abgelehnt.
Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Interare übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 7. November.
Anfang 12 Uhr:
Opernhaus. 3. Sinfonie-Ratinee.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. 3. Sinfonie-Abend der Igl. Kapelle.
Schauspielhaus. Das große Licht.
Deutsches. Ronna Sama.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Central. Rabane Scherz.
Leffing. Nachmann als Erzähler.
Neues. Ledige Leute.
Reichens. Seine Kammerzofe.
Dehnen. Nanon.
Thalia. Charlend Tante. Vorher: Cassis Pascha.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Apollo. Kasch Hochst. II.
Anfang 8 Uhr:
Central. Rabane Scherz.
Schiller. O. (Ballner-Theater.)
Doktor Klaus.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Der Oberpelz.
Carl Weh. Ise Römer.
Luisen. Faust.
Cassio. Ein Sohn des Boileau.
Kleines. Rausch.
Wilhelm. Die Anna-Lise.
Buntes Theater. Tochter zu verheiraten.
Trianon. Die Liebeschaukel. (La Bancale.)
Wintergarten. Specialitäten.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Palast. Goldene Jugend. Specialitäten.
Steidl. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubens. 18/19.
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Im Hörsaal: Professor G. Müller: Die Geruchswerkzeuge.
Sternwarte.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.
Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72-73.
Zum Charleys Tante.
473. Male: Guido Thielscher als Charleys Tante.
Anfang: Charleys Tante. 8 1/2 Uhr.
Vorher: Cassis Pascha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, 9. Nov., nachmittags 3 Uhr: Judas-Liebe. Das Schwert des Damokles.
Central-Theater.
Deute u. folgende Tage (Abendm. 8 Uhr) abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Overtüre in 3 Akten von Hugo Felz. Sonntag nachmittags: Die Fiedermaus. Abends: Madame Sherry.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstrasse 132.
Ise Römer.
Romantisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt. Morgen und folgende Tage: Ise Römer. Sonnabendnachmittag: Die sieben Raben. Sonntagnachmittag. Keine Preise: Eine Parla.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten von Ad. P. Strouge.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Esther.
Darauf: Zwei Eisen im Feuer.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Moritur.
Sonntagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Kleines Theater (Schall und Rauch).
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr:
Rausch.
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.
Morgen: Aekermann.
Luisen-Theater.
Faust.
Anf. 8 Uhr. Vorher: 10-9 Uhr, Kaffe, Invaliden- und Künstlerbank und Warenhäuser u. Berthelm.
Morgen: Novität! Zum erstenmal: Der grüne Karl.
Berliner Volksstück in 4 Akten von C. Drechsler und J. Bach.
Sonntag 2 1/2 Uhr: Faust. Abends 8 Uhr: Der grüne Karl.
Palast-Theater.
Burgstr. 22. Direktion: R. Winkler.
Große Kunstausstellungs-Restaurant.
Wiederanstrel. d. Direktors R. Winkler.
8 1/2 Uhr:
Goldene Jugend.
Operetten-Parade in 2 Akten mit Gesang u. Tanz von W. Gerike.
Musik von C. Wappaus.
Dionysos Plebis — Dir. R. Winkler.
Tanz-Divertissement arrang. v. d. Balletmeisterin Fel. Anna Bernhardt.
Igl. Tänzerin a. D.
Die neuen Kostüme aus dem Atelier R. Schaub.
12 neue Schannummern.
Attraktionen I. Ranges.
Anf. präc. 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Große Extra-Vorstellung:
Zwischen zwei Herzen.
Schauspiel in 4 Akten v. Rich. Fog.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Bernhard Rose-Theater.
Bader. 58.
Sonntag, den 9. November 1902:
Der Leiermann u. sein Pflögekind.
Volksstück in 3 Akten von Charlotte Birch-Blaffer.
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Freitagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Eine Diebstahlskomödie von Gerhart Hauptmann.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonntagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: Kabale und Liebe.
Wilhelm-Theater.
Friedrich-Strasse 236.
Die Anna-Lise.
Historisches Lustspiel in 5 Aufzügen.
Sonntag, 9. November: Nachmittags-Vorstellung: Der Jongleur. Anfang 3 Uhr. Halbe Kassenpreise.
Residenz-Theater.
Seine Kammerzofe.
(Nelly Rozler.)
Schwank in drei Akten von Wilibald von Heamequin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Seine Kammerzofe.
Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Tagesst. 11-1 1/2 Uhr.
Wintergarten.
Neues Programm.
Die Sarnthaler Singvögel, Tyroler Gesangs-Sextett.
Willi Walden, Soubrette.
Louise Glover, amerikanische Sängerin.
Der Schönheitspreis, Ballett-Divertissement in 1 Akt.
Mason u. Forbes, amerik. Excentriks.
Kara, Meister-Jongleur.
Emile Gantier, der Ritt auf der Tischplatte.
Theodor Franke, Humorist.
Germaine Gallois.
Pariser Diva.
Phantasie-tänzerin.
Valentine Pettit, spanische Tänzerin.
Rosario Guerrero, Tänzerin.
Minstrels Parisiens, Pariser-Strassen-Biograph.

Urania.

Taubens. 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Professor Dr. C. Müller: „Die Geruchswerkzeuge.“
Sternwarte.
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.
CASTANS Panoptikum.
Friedrichstrasse 165.
Hochaktuelle Neuheit!!
Ein „Boeren-Museum“
(Waffen, Kriegsboute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Größte Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!
Passage-Theater.
Das neue Novbr.-Programm.
Anfang: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr.
Agoston.
der „Witzo“-König.
Der Todessprung.
d. Hundes, vorgef. v. Maud Griselda.
Lotte Sebus, das gewisse Etwas.
Yvette de Laabé, Flammentanz d. 20. Jahrhunderts, neue 14 erstklassige Nummern.
Apollo-Theater.
Um 9 Uhr: Zum 2. Male: Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke:
Nakiris Hochzeit.
Operette in 2 Akten und 6 Bildern. Am letzten Abde:
H. Hardins elektrisches Ballett.
Sanssouci.
Kottbuserstr. 4a.
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Entree: Sonntags 50 Pf., Sperrst. 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf., Wochentags 30 Pf., Sperrst. 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagsnachm.: Coralis & Cie.
Buntes Theater (Ueberbrett).
Anfang 8 Uhr. Köpfnickerstrasse 68.
Tochter zu verheiraten.
Der Hund. — Bunter Feil.
Leitung: O. Straus.
Wiederauftreten von TINY SENDERS.
Bozema Bradsky, Charlotte Marga, Hans Frey, Marcell Salzer.
Casino-Theater.
Lothringer-Strasse 37.
Bodenlags 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.
8 Uhr: Chambre garnie.
9 1/2 Uhr: Die Brill. Specialitäten.
u. a.: Nesemann als Sarah Bernhardt.
9 1/2 Uhr:
Ein Sohn des Volkes.
Metropol-Theater.
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-Helmund.
Emil Thomas u. G. Josef Josephi, Henry Bender, Flora Siding, Hans Reichsberg, Wini Grabitz, Johanna Junker-Schatz.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.
Cirkus Schumann.
Freitag, den 7. November 1902, abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Geschw. Hodgins neuester Sport-Akt zu Pferde.
Das wunderbar dressierte musikalische Pferd, vorgeführt von Sign. Luig.
Rossi-Trio, beste Künstler der Welt.
Zum 16. Male:
Die lustigen Heidelberger
in 3 Abteilungen von Aug. Siems und Dir. Alb. Schumann.
Ein vergnügtes Morgenständchen, Fidelitas im Neckarthal. Die Wissenschaften.
Mimisch-plastische Darstellung auf dem Wasser.
Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexandrstr.
Täglich critt. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnab. und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Bodenl. 8, Sonntag 6 Uhr.

Steidl-Theater.

Oranienburg-Thor an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Steidl-Sänger.
Täglich wechselndes Programm.
Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Festsaal:
Tanzkränzchen.
Deutsche Konzerthallen.
Spandauer Brücke 3.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-5 Kapellen.
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Gratweils Bierhallen.
Theater u. Variété.
Rembrandtstrasse 77/79.
Täglich:
Theater- u. Specialitäten-Vorst. II.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend nach der Vorstellung:
Grosses Familien-Tanzkränzchen.
Jeden Sonntag von 12-2 Uhr Matinee bei freiem Entree.
Cirkus Busch.
Freitag, 7. Nov., abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Dahomey.
Grosse Ausstattungs-Pantomime. Besonders hervorzuheben: Die Elefantenjagd im Urwald.
Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Sente Freitag:
Militär-Konzert.
des Musikcorps des 5. Garde-Reg. s. P. Igl. Musikbr. Neu. Im Kaiser-Saal:
Bückeburger Sänger.
Herren-Vortrag.
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10 über: Sogannants unheilbare Männerleiden Freitag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr. 2796 in Döbereiners Restaurant, Mariannenstrasse 31/32. Nur für Herren! Eintritt frei!

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 9. November, abends 8 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadlerordnenen Dr. Alfred Bernstein über: „Kommunale Aufgaben“. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein und Tanz.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vertrauensmann.

Achtung! Genossinnen u. Genossen. Achtung!

Zwei Volksversammlungen

Montag, den 10. November er., abends 7 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29 und

Dienstag, den 11. November, in den Germania-Festsälen, Chausseestraße 103.

Referentin: Genesin Adelheid Popp (Wien).

Thema wird in der Sonntags-Annonce bekannt gemacht. — Um rege Teilnahme für diese Versammlungen ersuchen

1/17

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Sonntag, den 9. November 1902, nachmittags 5 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Paul Bernstein über: „Geisteskrankheiten“. 2. Vereinsangelegenheiten. Um zahlreichen Besuch bittet.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. — Fernsprecher Amt VII, 353.

Sonntag, den 9. November 1902, vormittags 10 Uhr:

Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin im Palast-Theater, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke.

Tages-Ordnung: 1. Kostenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Diskussion. 3. In die Verwaltung gelangte Anträge und eventuelle Wahl eines Bureaubeamten und eines Mitgliedes der Ortsverwaltung.

103/9

Ohne Mitgliedbuch kein Zutritt.

Kaufzettel werden zu dieser Versammlung nicht verlangt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Herren-Kragen.

— reinleinen, garantiert Hoch, — verschiedene Façons in allen Farben.

Selbst 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.

— Gewollene Kragen —

per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.

Manuskripten, Prima, garanti. Hoch

1/2 Dutzend 1.80 Mk.,

Oberhemden, Serviteurs, Kravatten,

in größter Auswahl, Trikotagen,

Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.

Detailverkauf zu Engrospreisen.

Ernst Hansen, Mänsstr. 23.

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41.

Spezialarzt für

Haut- und Hautleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Einsetzer! Achtung!

Sonntag, den 9. d. M., vormittags 9 Uhr, finden in den bekannten

Localen die **Bezirksversammlungen** statt.

Die Kollegen vom Wedding und Oranienburger Vorstadt (Bezirk 6)

treffen sich bei Taubel, Steintstraße 23.

Die Kommission.

Honig! Unvergleichl. Deutscher

Bienehonig, best. Qualität,

empfiehlt allen Freunden und Ge-

nossen sein Lokal. Verkaufszimmer zu

25 Personen. Leipzig, Holzgasse 7.

E. Reil, Nordstr. 10, Schloß-

park, Leipzig, Lindenbg. 7

mit Vorkasse liegt aus. 53092-

Julius Fischer, Boeckstr. 7.

empfehle allen Freunden und Ge-

nossen sein Lokal. Verkaufszimmer zu

25 Personen. Leipzig, Holzgasse 7.

mit Vorkasse liegt aus. 53092-

VI. Wahlkreis — Schönhauser Vorstadt.

Berliner Prater-Theater, Kastanien-Allee 7-9,

Sonnabend, den 8. November 1902:

Grosses Herbst-Vergnügen,

Socialdemokratischen Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.

Konzert. & Theater. & Tanz.

Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz. — Damen- und Kinder-Überraschungen.

Personen, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Das Reservieren von Tischen und Stühlen ist nicht gestattet.

Billets 25 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.

Da an der Kasse kein Billetverkauf stattfindet, eruchen wir die Genossen, sich vorher mit Billets zu versehen. — Um recht zahlreichen Besuch ersucht

Das Komitee.

Socialdemokratischer Wahlverein

Bezirk Pankow.

Sonnabend, den 8. November 1902:

Zwölftes Stiftungs-Fest.

Konzert des Berliner Tonkünstler-Orchesters.

Rektion des Herrn Paul Paul vom Deutschen Theater in Berlin.

Aufführen des höchst beliebten

Berliner Ulk-Trio.

Nach dem Konzert: **BALL.**

Eintritt: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Zu zahlreichen Besuch ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Berlin II.

Sonnabend, 8. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Morkowski, Andreasstr. 26:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Die Wählzettel in der Leipzigerfabrik von Lowy & Lubosch.

Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes,

in der Versammlung persönlich zu erscheinen. Die Dreizehner-Kommission.

Achtung! Achtung!

Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher

Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin.

Sonntag, 9. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,

Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Arbeitslosigkeit und Krankentagen“. Referent:

Heldschlag-Wocendorfer Rosenow. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes,

in der Versammlung persönlich zu erscheinen. Die Dreizehner-Kommission.

Achtung! Achtung!

Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewerblicher

Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin.

Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr,

in Wendts Klubhaus, Königsgraben 11a:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Die Aufnahmen in den Verband finden außer in den Versammlungen

in den Lokalitäten: Schiffstraße 75 bei Warimann, in Charlottenburg

Blomstraße 50 bei Hagen, in Niddorf, Döbelsstr. 64 bei Dittmar, und

in Schöneberg, Neumühlstr. 15 bei A. Förster statt.

Arbeiter-Radfahrerver.

„Berlin“.

Sonntag 1 Uhr:

Quälendes Thor nach Heilstätte

Gütergob. 13/19

Große Betten 12 Mk.

Oben: 100 Stk. in 100 Stk. mit

günstigen neu in 100 Stk. bei

in 100 Stk. bei 100 Stk. in 100 Stk.

in 100 Stk. bei 100 Stk. in 100 Stk.

in 100 Stk. bei 100 Stk. in 100 Stk.

Bazar für Gelegenheitskäufe.

Leipzigerstrasse 112, II. Ecke Mauerstrasse. 55332*

Aussergewöhnlich billiges Angebot:

1 Posten schwarze Jacketts und Paletots, neueste Façons, beste Stoffe von 3 Mark an.

1 „ Golf-Paletots und Capes, aparte Façons, neueste Stoffe 6 „ „

1 „ Jacken-Kostüme 12 „ „

1 „ Blusen in Wolle und Seide, neueste Façons 1 „ „

1 grosser Posten Handarbeiten, angefangen und vorgezeichnet, spottbillig.

Japans, Kostümröcke, Strümpfe, Wäsche, Schürzen zur Hälfte des Wertes.



Grosse Preisermässigung! Jedes Paar Stiefel Preisermässigung!

auch Goodyearwelt-, Chevreaux-, Boxcalf-, Kalb- u. Lackleder

Tur Ein Preis 1 Mk. 7,25

Alfred Fränkel

Inhaber der Mödlinger Schuhfabrik Mödling in BERLIN: Friedrichstr. 183a Oranienstr. 161
der b. Wien. Friedrichstr. 242 Potsdamerstr. 95

87 eigene Geschäfte.

Wichtig für alle Besucher der Dusseldorfer Ausstellung!

Wenn Sie im Kaffeehaus „Zur schönen Aussicht“ waren, so werden Sie sich erinnern, daß dort der Kaffee ausgezeichnet schmeckte; es wurden oft bis 7000 Portionen an einem Tage abgegeben! — Der Kaffee bestand aus einer Mischung von halb Bohnenkaffee und halb Rathreiner's Malzkaffee! — Verwenden Sie auch zu Hause die gleiche Mischung, sie ist vorzüglich und sehr bekömmlich!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen des Wahlkreises Zehlendorf-Storkow-Charlottenburg. Die Jahrgangsgemäße Generalversammlung des Central-Wahlvereins findet am Sonntag, den 9. d. M., vor...

Der Socialdemokratische Wahlverein, Bezirk Pantow, veranstaltet am Sonntag, den 8. November 1902, im großen Saale von Ebersbach, Berlinerstr. 102, sein zwölftes Stiftungsfest...

Grünau. Der Wahlverein hält am Sonntagabend 8 1/2 Uhr bei Duchaufour, Köpenickerstraße 70, eine Versammlung ab...

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hatte in ihrer gestrigen Sitzung wieder keine großen Debatten. Ohne weitere Erwiderung wurde unter anderem auch die durch einen früheren Beschluß der Versammlung geforderte Fleischnot...

Das Kuratorium für das städtische Obdach stellte in seiner letzten Sitzung die Tabelle für die unterzunehmenden Revisionen auf. Bei dieser Gelegenheit wurde es von Seiten des Magistrats...

Die „Chambregarnisten“ und Schlafleute hatten sich in der ersten Hälfte der 90er Jahre in Berlin nicht in demselben Maße vermehrt wie die Bevölkerung. Unter je 10000 ortsanwesenden Personen...

Stadtschulrat. Im Monat Oktober nächstigen im Männerzähl des Berliner Schulvereins für Obdachlose 21069 Personen...

Ueber den Geschäftsverkehr vor Weihnachten hat der Polizeipräsident folgende Verordnung für die Stadtteile Berlin, Charlottenburg und Nixdorf erlassen: Im Handelsgewerbe, jedoch mit Ausschluß der Parks, Wälders- und Volkstiergeschäfte...

Ein neues Blindenasiel. Aus dem Nachlaß der Frau Rentner Ida Weder geb. Raumann beabsichtigt der Magistrat nach den Bestimmungen der Erblasserin ein Asiel für Blinde aller Stände...

am Weissen See an der Berlinerstraße belegendes, mit schönen Obstbäumen bestehendes, etwa 9000 Quadratmeter großes Grundstück in Weissenhof gelandt. Der Park bietet den Winden einen angenehmen Aufenthalt im Freien.

Der Centralverein für Arbeitsnachweis, welcher seit 1892 in den Stadtbahnhöfen 100-104 seine Tätigkeit ausübt, verlegt am 8. November d. J. seinen Geschäftsbetrieb in das von der Landes-Versicherungsanstalt Berlin erbaute Central-Arbeitsnachweis-Gebäude...

Der Betrieb des Arbeitsnachweises umfaßt: Die Abtheilung für erwachsene, ungetrennte Arbeiter jeder Art, einschließlich Hausdiener, Kutsher und Klemperer, Eingang Gormannstr. 13 par. I.

Die Abtheilung der jugendlichen Arbeiter einschließlich Lauf- und Arbeitsburschen, Eingang Gormannstr. 13, I. Etage.

Die Abtheilung für weibliche Personen (Fabrikarbeiterinnen jeder Art, sowie Wäscherinnen und Plätterinnen) Eingang Räderstr. 6 E, parterre.

Die paritätischen Fach-Arbeitsnachweise der Maler, Schlosser und Tapezierer, Eingang Räderstr. 6 E, 1. und 2. Etage.

Besonders zu bemerken ist, daß für telephonische Bestellungen eine Telephon-Centralstelle eingerichtet ist, welche die zu Amt III gehörenden Nummern 8805, 8806, 8077 und 1614 umfaßt.

Die Lungenheilstätte Vesli hat eine Feuerlösch-Einrichtung erhalten und ist jetzt von der Firma Gustav Ewald in Kitzbühel auch mit zwei mechanischen Leitern ausgerüstet.

2131 Orte an das Berliner Fernsprechnetz angeschlossen. Die Uebersicht über den Sprechbereich der Fernsprechnetze in Berlin und seinen Vororten wird seit dem vergangenen Jahre bekanntlich nicht mehr in jeder neuen Ausgabe des Verzeichnisses der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen wiederholt. Es erscheint vielmehr als besonderer Anhang, der nur von Zeit zu Zeit ausgegeben wird...

Selbstmord eines Offiziers. In seiner Wohnung erschoss sich am Dienstagmorgen der Hauptmann Matthias Rathes aus der Potsdamerstraße 58a an der Groß-Lichterfelde, der vom Westfälischen Pfüllier-Regiment Nr. 89 als Lehrer seit dem 1. April d. J. an die Haupt-Stabellenkassenanstalt kommandiert war.

Mit einer festigen Beute wurde gestern, Donnerstagmorgen, ein Dieb in der Feuchtschloßstraße abgefaßt. Ein Schlächtergeselle Hans Kressin war in der Kloppestraße bei einem Meister angestellt gewesen und mit allen Gepflogenheiten des Geschäfts bekannt geworden.

Son einem Omnibus überfahren und getödtet wurde gestern nachmittags um 6 Uhr der 7 Jahre alte Sohn Walter des Formvermeisters Rabeberg aus der Gartenstraße 157. Der Knabe spielte mit einem Altersgenossen aus demselben Hause. Dieser stieß ihn, so daß er hinfiel und unter einen Omnibus geriet, den er nicht gesehen hatte.

Der sonderbare Vorfall in der 76. Gemeindefchule in der Luisenstraße ist noch immer nicht aufgeklärt und wird es voraussichtlich auch nicht werden. Daß eine Gaserstickung nicht vorliegt, ist richtig; die betreffende Klasse hat in der That kein Gasloch.

Der sonderbare Vorfall in der 76. Gemeindefchule in der Luisenstraße ist noch immer nicht aufgeklärt und wird es voraussichtlich auch nicht werden. Daß eine Gaserstickung nicht vorliegt, ist richtig; die betreffende Klasse hat in der That kein Gasloch.

Graf Paul v. Hoensbroech, der bekannte Ex-Jesuit, hielt gestern im Giordano-Bruno-Saal einen „Handbühner“ der „Inquisition“ benannten Vortrag. Ein zahlreiches Publikum hatte sich im Bürgerkaale des Rathhauses eingefunden, um den streitbaren Feind der katholischen Kirche zu hören.

Jesuitener“ magt, treffen auf Herrn Hoensbroech nicht recht zu; der kräftige Schnurrbart des Fünfzigers wie auch das ziemlich kahle Kavaliershaupt müssen ohne Kenntnis der Person zu dem Schluß führen, daß der Redner weit eher seine Jugend als Graf dem als Collobator betrachtet habe, und auch in seiner Redeweise ist nichts von Salbung und pastoraler Eloquenz zu spüren.

Dresche giebt's nicht. In den Anschlagartikeln prangte gestern ein Plakat folgenden Inhalts: „Dresche komm nach Hause! Rano hat alle reguliert!“ — Der nachlässige „Rano“ (?) hat danach dafür gesorgt, daß dem leichtsinnigen Dresche nicht gleiches mit gleichem vergolten wird.

Feuerbericht. In der Zwischenzeit hatte die Wehr mehrere Alarmierungen zu verzeichnen. In der Nacht zum Donnerstag wurde sie nach der Breznauerstraße 37 gerufen, wo kurz nach Mitternacht in einem Wägengehoft auf nicht ermittelte Weise ein Feuer ausgebrochen war. Die Wehr hatte hier längere Zeit Wasser zu geben, um die Flammen zu erlöchen.

Aus den Nachbarorten.

Zum Leiter des Schärberger Krautensaales hat der Magistrat den Prof. Dr. Albert Landerer aus Suttgart gewählt. Von dem Bau der Anstalt verlautet immer noch nichts, jedenfalls glaubt der Magistrat genug gethan zu haben, wenn er bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die „großen Aufgaben“ hervorhebt, die der Kommune bevorstehen.

Zum Gegenstande einer Interpellation haben unsre Parteigenossen im Schöneberger Stadtparlament den jüngsten Unfall im Seegraben gemacht, dem der 12jährige Sohn des Zimmerers Wiesen ein Opfer gefallen ist und weitere Unglücksfälle also nicht ausgeschlossen sind, soll der Magistrat in Verbindung mit der Polizeibehörde die geeigneten Maßnahmen treffen, um ein Wiederkehren solcher Fälle zu verhindern.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung kam es am Mittwoch wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit und dem Magistrat. Anlaß dazu gab zunächst eine Interpellation von A. u. Gen., welche Aufschluß darüber verlangte, auf Grund welcher Rechtsverhältnisse die „Secession“ ihr Ausstellungsgebäude auf städtischem Platzland errichtet habe.

Köpenick. Bei den Wahlen zum Gewerbegericht sind vorgestern die vom Gewerbestiftungsausschuß aufgestellten Kandidaten Sonntag, Vintz, Witt, Piesche, Sehne, Böden, Mose und Becker mit 985 Stimmen zu Weisern gewählt worden.

Gerichts-Zeitung.

Der Ueberfall, der am Abend des 30. Juni in der Elisabethstraße an einem Schumann verübt worden ist, beschäftigte gestern zum zweitenmale die 4. Strafkammer des Landgerichts I.

